



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
August 2021



**Johanna will, was viele Gleichaltrige wollen:
Bereits mit 16 wählen und abstimmen dürfen**

**Bundesrat bricht Verhandlungen mit der EU ab:
Eine Zäsur, die viele Fragen offen lässt**

**Uri und sein extrem luftiges Verkehrsnetz:
Nirgends ist die Dichte an Seilbahnen grösser**



Die clevere Wahl für Ihre internationale Krankenversicherung

Umfassende Lösungen für Ihre Gesundheit. Ausgezeichneter Kundendienst.
Kontaktieren Sie einen Spezialisten für internationale Krankenversicherungen.

asn-insurance.com
+41 43 399 89 89
info@asn.ch



Werden auch Sie ein Teil der grössten SwissCommunity!



Entdecken Sie andere Schweizerinnen und Schweizer mit den gleichen Interessen in Ihrer Nähe, tauschen Sie Erfahrungen aus, teilen Sie Tipps, profitieren Sie von den Schnäppchen anderer Mitglieder, finden Sie Geschäftspartner.

All dies ist in der SwissCommunity möglich. Jetzt anmelden: <https://members.swisscommunity.org>.



Auslandschweizer
Organisation (ASO)

Unsere Partner:

Schweiz Tourismus.



Swiss Travel System.



BCGE YAPEAL



SWI swissinfo.ch

Zäsur mit unklaren Folgen

- 5 Briefkasten
- 6 Schwerpunkt
Der Wunsch vieler Jugendlicher: das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre senken
- 15 Reportage
Die kleinen Urner Seilbahnen bilden das luftigste Verkehrsnetz der Schweiz
- 18 Gesellschaft
Schweizer Holocaust-Gedenkstätte: Ein wichtiger Schritt ist getan
- 20 Gesehen
Auch 150 Jahre danach berührt das Los der 1871 internierten Bourbaki-Armee
- 22 Politik
Bundesrat bricht die Verhandlungen mit der EU ab: Viele Fragen bleiben
Das gescheiterte CO₂-Gesetz ist für die Schweizer Klimapolitik eine Zäsur
Schwule und Lesben in der Schweiz hoffen aufs Recht zur «Ehe für alle»
- 28 Corona
Das erschöpfte Pflegepersonal fordert jetzt tiefgreifende Verbesserungen
- 30 Literatur
- 32 SwissCommunity-News
Der scheidende ASO-Präsident Remo Gysin im Interview
- 35 Aus dem Bundeshaus
- 38 Gelesen / Gehört
- 39 Herausgepickt / Nachrichten



«Bern schlägt die Türe zu»: So spitzte die oft so nüchterne «Neue Zürcher Zeitung» die Tatsache zu, dass die Schweizer Regierung Ende Mai einseitig entschied, nicht mehr länger mit der Europäischen Union (EU) zu verhandeln. Verhandelt hatte sie zuvor über sieben Jahre über einen Rahmenvertrag, der das «Konkubinationsverhältnis» zwischen der EU und dem Nicht-EU-Land Schweiz verlässlich hätte regeln sollen. Der Bundesrat erklärte diesen Vertrag nun zur Makulatur. Schlägt jemand die Türe zu, zucken viele erschrocken zusammen und fragen sich: Was war das eben gerade? Es war nicht nur ein Knall. Der Schritt ist für schweizerische Verhältnisse auch ungewöhnlich, untypisch und irritierend.

Ungewöhnlich ist er, weil an sich die stete Konsenssuche die DNA der Schweizer Politik ausmacht. Nach Jahren eine Monsterverhandlung einseitig als komplett gescheitert zu bezeichnen: Das ist man sich von der Schweizer Regierung nicht gewöhnt. Angesichts der Unsicherheiten, zu denen er führt, ist der Schritt radikal.

Untypisch ist er, weil die Schweiz als Kleinstaat stets ganz stark darauf setzt, den Dialog nie abbrechen zu lassen. Oft setzt die Schweizer Regierung noch dann auf Diplomatie und Dialog, wenn andere europäische Staaten schon längst zu Retorsionsmassnahmen oder zur Keule der Sanktionen greifen.

Gründlich irritierend ist schliesslich, dass der Bundesrat über die Jahre den immer gleichen Vertragstext vor sich hatte, sein Urteil darüber aber stark revidierte. Noch 2019 wählte man sich fast am Ziel. Es gelte lediglich noch vier Punkte zu «präzisieren», hiess es. Doch am 26. Mai 2021 sagte der gleiche Bundesrat zum gleichen Vertragswerk, es sei voller «unüberwindbarer Differenzen». Das wirkt reichlich richtungs- und ratlos.

Der Entscheid ist eine Zäsur. Für die weit über 400 000 Schweizerinnen und Schweizer in der EU führt sie zu Verunsicherung. Welches die Folgen für ihr Leben und ihren Alltag sind, ist zwar noch offen. Neue Komplikationen sind aber wahrscheinlicher als neue Erleichterungen.

Wie politisch ist die heutige Jugend, die dereinst über den Effekt der «zugeschlagenen Türe» wird urteilen dürfen? Wir haben gleich sechzehn 16-Jährige interviewt und gefragt, wie sie es mit der – politischen – Mitbestimmung haben. Aus der Luft gegriffen ist die Frage nicht: In mehreren Kantonen der Schweiz wird über die Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre diskutiert. Die, um die es dabei geht, stehen deshalb in der aktuellen «Revue» im Fokus.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Titelbild: Die 16-jährige Johanna aus Brugg (AG), fotografiert von Kaspar Ruoff

Herausgeberin der «Schweizer Revue», dem Informationsmagazin für die Fünfte Schweiz, ist die Auslandschweizer-Organisation.

**Swiss
Community**

Bedürfnisse sind verschieden – deshalb behandeln wir alle Auslandschweizer wie Unikate.

Wir bieten Ihnen eine persönliche und professionelle Betreuung, die höchsten Qualitätsansprüchen genügt.

zkb.ch/auslandschweizer



RENDEZ-VOUS MIT DER SCHWEIZ Pünktlich um 5!



Die App für Schweizerinnen
und Schweizer im Ausland



T+
TISSOT
SWISS WATCHES SINCE 1853

**MIT TISSOT, DEN „INNOVATORS BY TRADITION“,
ZURÜCK ZU DEN WURZELN**

Die Geschichte von Tissot begann 1853 im beschaulichen Schweizer Le Locle. Inzwischen ist die Marke der Marktführer nach Volumen im Bereich traditioneller Schweizer Uhrmacherei. Das Traditionshaus ist stolz auf seine Wurzeln und konnte sich im Ausland als Botschafter positionieren, indem es Werte wie Tradition und Innovation transportierte. Über den ganzen Lauf seiner Geschichte prägte Tissot all seine Produkte mit diesen beiden Eckpfeilern.

Mit der Registrierung bei SwissCommunity Netzwerk bedankt sich Tissot bei Ihnen, liebe Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Botschafterinnen und Botschafter unseres Landes in der ganzen Welt, indem sie Ihnen auf ihrer offiziellen Website einen Rabatt von **15%** auf die gesamte Kollektion gewährt.

www.swisscommunity.org/tissot - Official website | Tissot (tissotwatches.com)



Die Mehrsprachigkeit im Schweizer Alltag nimmt zu



Es freut mich zu lesen, dass die Mehrsprachigkeit in der Schweiz zunimmt. Sprachen zu beherrschen bedeutet für mich Lebensqualität. Ich empfinde jede erlernte Sprache wie ein zusätzliches Zimmer im Haus, einen neuen Winkel

mit einem anderen Ausblick auf die Welt. Täglich lese ich dank Internet Material auf Deutsch, Englisch, Russisch und Französisch.

WALTER ZWEIFEL, WELLINGTON, NEUSEELAND

Wir können über die Schweiz und ihre vier Sprachen reden, aber es ist schade, dass Deutsch in der Romandie in den ersten Schuljahren nicht auf dem Lehrplan steht. Ich lebe in Norwegen und meine beiden Kinder sprechen Französisch mit mir und Finnisch mit ihrer Mutter. Norwegisch und Englisch stehen ab dem Kindergarten auf dem Lehrplan.

JEAN-CLAUDE BURRI, NORWEGEN

Für die Möglichkeit, zwischen den vier Sprachen Italienisch, Französisch, Hochdeutsch und Englisch problemlos «switchen» zu können, bin ich äusserst dankbar! Keine Frage, dass es meinen Horizont auch stetig erweitert hat. Schweizerdeutsch verstehe ich nicht – sorry! – und wünsche mir, dass zumindest in TV und Radio mehr Hochdeutsch gesprochen wird.

MARIA LUISA KUPKA, MÜNCHEN, DEUTSCHLAND

Ich wohne seit über 50 Jahre in Kopenhagen, bin mit einem Engländer verheiratet und unsere tägliche Sprache sind hauptsächlich Englisch und Dänisch. Trotzdem habe ich mein Berndeutsch nicht vergessen. Und Französisch bleibt meine zweite Muttersprache, die ich immer noch in der Alliance Française in Kopenhagen brauche. Wir Schweizerinnen und Schweizer haben alle gute Möglichkeit, unsere Sprachen zu gebrauchen, die uns ja quasi in die Wiege gelegt werden.

MARGRITH MOODY-ZUMSTEIN, DÄNEMARK

Viele schreiben ausgezeichnete Briefe und Artikel auf Deutsch, aber wenn es ans Sprechen geht, können sich die wenigsten korrekt und fliessend in Hochdeutsch unterhalten. Das ist nicht gut! Ich bin dafür, dass man mit Anderssprachigen Hoch-

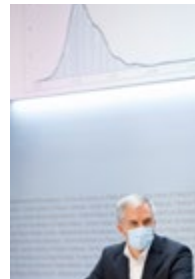
deutsch spricht, auch wenn sie den Dialekt zum Teil verstehen. Sollen sich die Tessiner, Romands und Bündner in der deutschen Schweiz wirklich an all die Dialekte anpassen müssen? Wenn wir nach Italien reisen, wünschen wir uns auch ein korrektes Italienisch zu hören anstatt eines unverständlichen Dialekts.

MENA CEBOLLA-HUONDER, MALAGA, SPANIEN

Faszinierendes Thema! Zu Hause wird bei uns hauptsächlich Englisch, Schweizerdeutsch und zweierlei Chinesisch gesprochen, manchmal fast gleichzeitig. Persönlich finde ich es wichtig, dass Schweizer und Schweizerinnen nach wie vor mehr als eine Nationalsprache lernen. Die Mobilität zwischen mehreren Sprachen erweitert den Horizont, finde ich.

OTTO HEIM, HONGKONG

Warum die Schweizer Politik ein Corona-Sprechverbot für die Wissenschaft erwog



Es bereitet mir grosses Unbehagen, diesen Artikel zu lesen. Jede Art von politischer Entscheidung muss in einem demokratischen System transparent bleiben. Schon die Unsitte, Themen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten, passt schlecht in mein Demokratieverständnis. Wer kann zu seiner Ansicht nicht stehen, wer traut sich nicht, zu sagen, was er denkt und wie er entscheidet? Von solchen Politikern mag ich meine Welt nicht bestimmen lassen. In der Forderung, einem Beratergremium das Reden zu verbieten, sehe ich meine Bedenken bestätigt.

ANDREAS MÜLLER, ELLWANGEN, DEUTSCHLAND

Es scheint mir wesentlich zu sein, dass die Stimmen der Wissenschaftler berücksichtigt werden, vor allem, wenn es sich um ein Thema von der Grössenordnung handelt, die wir erlebt haben. Die Politik steht per Definition im Dienste des Volkes und sollte dies auch bleiben. Daher sollte sie immer die Meinung von Wissenschaftlern in einem Bereich berücksichtigen, den unsere gewählten Volksvertreter nicht beherrschen.

RALF UDO KREBS, PASTO, KOLUMBIEN

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 47. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 431 000 Exemplaren (davon 253 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

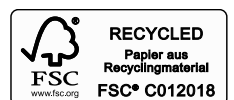
Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Rubrik «Aus dem Bundeshaus».
REDAKTIONSASSISTENZ: Sandra Krebs
ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10; Bankverbindung: CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22
E-MAIL: revue@swisscommunity.org
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.
Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizerinnen und -schweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt.
www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 16. Juni 2021

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



Mit 16 reif für Politik?

Junge Schweizerinnen und Schweizer drängen darauf, bereits mit 16 statt erst mit 18 Jahren abstimmen und wählen zu können. Die Debatte läuft in mehreren Kantonen, aber auch in Bundesbern. Reicht das für den Durchbruch?

JÜRIG STEINER

Michael Pesaballe erinnert sich bestens an den 6. Mai 2007. Es goss wie aus Kübeln auf den Landsgemeindeplatz in Glarus, als der damals 20-jährige Jungsozialist auf den «Bogg» stieg, wie das erhöhte Rednerpult mit Mikrofon heisst. Pesaballe stellte einen Antrag: das aktive Stimm- und Wahlrechtsalter auf 16 Jahre zu senken. «Ich rechnete ehrlich gesagt nicht damit, eine Mehrheit zu finden», erzählt Pesaballe. Die Debatte im Ring aber sei sehr emotional geführt worden, «plötzlich spürte ich, dass etwas in der Luft lag».

Etwas Historisches. Nach einem laut Pesaballe «mitreissenden Votum» der damaligen Regierungsrätin Marianne Dürst nahm die Landsgemeinde seinen Kompromissantrag knapp an. Das passive Wahlrecht – also das Recht, sich in ein politisches Amt wählen zu lassen – beliess man bei 18 Jahren. Aber Glarus senkte als erster Kanton der Schweiz das aktive Stimm- und Wahlrechtsalter auf 16 Jahre. «Ich hatte damals natürlich die Hoffnung, dass andere Kantone unserem Beispiel folgen», sagt Pesaballe. Doch nichts geschah. Auch 2021 ist der Kanton Glarus mit dem Stimmrechtsalter 16 allein auf weiter Flur.

Wandel im Bundeshaus

Der damalige Initiant ist überzeugt davon, dass der knappe Coup von 2007 eine Mischung war aus dem Glarner Innovationsgeist und der spontanen Emotionalität der Landsgemeinde. Er selber «würde heute mit der gleichen Überzeugung dafür stimmen wie damals». Jüngst zeige

etwa die Klimabewegung, dass sich Jugendliche – entgegen weitverbreiteter Vorurteile – für politische Themen interessierten und engagierten. Da es bei Abstimmungen immer auch um deren Zukunft gehe, «sollten diese auch mitentscheiden dürfen und so lernen, Verantwortung zu tragen», findet Pesaballe.

In den letzten zwei, drei Jahren ist in der Frage Bewegung aufgekommen, etwa in den Kantonen Waadt, Basel-Stadt, Genf, Wallis, Neuenburg, Uri, Zürich, Bern, Zug und Luzern.

Aufsehenerregend ist die Entwicklung auf nationaler Ebene: 2008 und 2017 hatte das Stimmrechtsalter 16 im Parlament keine Chance. 2020 jedoch war alles anders. Der Nationalrat hiess überraschend einen Vorstoss der grünen Basler Nationalrätin Sibel Arslan gut, wenige Monate darauf stimmte auch die vorbereitende Kommission des Ständerats zu. Nun ist der Weg frei für die Ausarbeitung einer Verfassungsänderung, die rund 130 000 junge Menschen neu zu Stimmberechtigten machen würde – auch junge Auslandschweizerinnen und -schweizer.

Bevor es so weit ist, müsste die Vorlage in einer Volksabstimmung bestehen – doch da hatte Stimmrechtsalter 16 bis jetzt stets einen schweren Stand. Im Kanton Neuenburg lehnte das Volk die Einführung letztes Jahr mit 60 Prozent Nein-Stimmen ab.

Zürich dafür, Bern dagegen

1971 führte die Schweiz nach langem Kampf das Frauenstimmrecht ein, 1991 senkte sie das Stimmrechtsalter



Die Glarner Landsgemeinde ist eine archaische Urform der direkten Demokratie: Am regnerischen 6. Mai 2007 entschied sie sich für die Moderne und gewährte den 16-Jährigen das Stimmrecht.

Foto Keystone

von 20 auf 18 Jahre. Das Stimmrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer gilt nur in wenigen Gemeinden und Kantonen, Stimmrechtsalter 16 bloss in Glarus. Die Schweiz ist bereit, immer wieder neu auszuhandeln, wer an der Demokratie teilhaben darf. Doch dafür braucht sie stets viel Zeit.

Für Stimmrechtsalter 16 ist es aufschlussreich, den Blick auf die beiden bevölkerungsreichsten Kantone, Bern und Zürich, zu richten. Die Zürcher Regierung ist dafür, die Berner Regierung ist dagegen. Ihre Begründungen gehen weit auseinander. Die befürwortende Zürcher Kantonsregierung betont die aus dem Gleichgewicht geratene «Generationenbalance» in der schweizerischen Politik. Das Medianalter der Abstimmenden liegt derzeit bei 57 Jahren, gemäss Berechnungen des liberalen Thinktanks Avenir Suisse steigt es bis 2035 deutlich über 60 Jahre. Mit anderen Worten: Der Einfluss der über 60-Jährigen wächst angesichts der gestiegenen Lebenserwartung ständig. Bald ist er bei Volksentscheidungen gleich gross wie derjenige aller unter 60-Jährigen.



Das spricht aus Sicht des Zürcher Regierungsrats ebenso für eine Verjüngungskur der Stimmberechtigten wie die Pflege des direktdemokratischen Nachwuchses: Beziehe man Jugendliche sofort nach der obligatorischen Schulzeit, wenn der Staatskundeunterricht noch frisch in den Köpfen ist, in politische Entscheidungen ein, erhöhe dies die Wahrscheinlichkeit, dass sie langfristig die Gewohnheit entwickeln, zu wählen und abzustimmen.

Die Frage der Mündigkeit

Die ablehnende Berner Kantonsregierung hingegen legt ihr Augenmerk auf das Auseinanderklaffen von ziviler und politischer Mündigkeit. Erst mit 18 darf man rechtskräftige Unterschriften unter Verträge setzen. Würde Stimmrechtsalter 16 eingeführt, hiesse das: Referenden und Initiativen darf man zwar nicht unterschreiben, über sie abstimmen aber schon. Ebenso müsste das aktive und passive Wahlrecht auseinanderdividiert werden: Wählen dürfte man, für ein Amt kandidieren erst zwei Jahre später.

Diese Argumentation sei «eine Nebelpetarde, die verhindert, dass

wir ein System schaffen, das tatsächlich auf junge Menschen zugeschnitten ist», sagt der 21-jährige Philippe Kramer von der politisch unabhängigen Interessengruppe Stimmrechtsalter 16. Der von den Gegnern vorgebrachte Begriff der Mündigkeit sei veraltet, findet Kramer. Entscheidend sei die Urteilsfähigkeit – also das Vermögen, die Folgen einer Stimmabgabe logisch abzuschätzen. «Das können 16-Jährige ohne Zweifel», sagt Kramer. Das sogenannte «kalte Denken», die Fähigkeit, in Ruhe ohne Zeitdruck und Beeinflussung aus dem Freundeskreis Entscheidungen zu fällen, sei mit 16 voll entwickelt, sagt er mit Verweis auf Psychologen.

Tauchen auf Instagram

Allerdings stellt sich die Frage, wo sich die junge Generation das Wissen holt um abzustimmen. 70 Prozent

Strahlende Jugendliche am Rande der Glarner Landschaft vom 6. Mai 2007: Ihr Strahlen galt dem eben eingeführten Stimmrecht für 16-Jährige.

Foto Keystone

Nationalrätin Sibel Arslan (BS) verhalf dem Thema Stimmrechtsalter 16 auf nationaler Ebene zu einem ersten Zwischenerfolg.

Foto Keystone

der 15- bis 25-jährigen informieren sich laut einer Umfrage höchstens einmal die Woche über das politische Geschehen. Aber: Es gibt Initiativen, die Gegensteuer geben. Die Organisation Easyvote bemüht sich mit Videoclips und Broschüren zu Abstimmungen und Wahlen seit Jahren um niederschwellige Information. Und seit wenigen Monaten online ist ein Kollektiv junger Journalistinnen und Journalisten mit dem Projekt «@tauch.station». Sie arbeiten gezielt mit den sozialen Medien. «@tauch.station» recherchiert politische Themen und bereitet sie für den bei Jugendlichen besonders beliebten, bilderlastigen Social-Media-Kanal Instagram auf. Es sei nicht so, dass Jugendliche per se desinteressiert an Politik seien. Aber «Demokratie heisst in unseren Augen auch Zugänglichkeit», sagt die 29-jährige Mitgründerin Alice Grosjean. Vor allem in der Online-Welt, in der Jugendliche oft unterwegs sind, seien politische Themen zu wenig präsent. Oder zu kompliziert dargestellt. Dagegen tritt «@tauch.station» an.

Man könnte sagen: Die junge Generation ist bereit für Stimmrechtsalter 16. Die erwachsenen Stimmberechtigten müssen es noch werden.



Was die heute 16-Jährigen tun, denken und wollen

Was steht für sie gerade im Vordergrund? Welches sind ihre grössten Hoffnungen und Ängste? Und wie stellen sie sich zum politischen Mitspracherecht ab 16? – Die «Schweizer Revue» befragte dazu sechzehn 16-Jährige. Dabei entsteht das Bild einer Generation, die durchaus der Meinung ist, politische Entscheide prägen ihre Zukunft.



Anne Hielscher

*2004 lebt in Mollis (GL), wo sie mit 16 Jahren abstimmen und wählen kann. Sie besucht die Kantonsschule in Glarus. Ihr Schwerpunktfach ist Biochemie.

«Nicht wenige Jugendliche in meinem Umfeld plagen Zukunftsängste. Dass man sich in unserem Alter viele Gedanken macht, ist normal. Mit dem Klimawandel und der Corona-Pandemie sind wir aber mit Themen konfrontiert, die schwer zu verarbeiten sind. Wir wissen nicht, wie sich die Lage entwickeln wird – welche Jobs beispielsweise noch sicher sind. Wegen Corona haben wir ein Jahr verloren. Das drückt auf die Stimmung.

Psychische Krankheiten nehmen zu. Der Klimawandel beschäftigt mich stark.

Die Politik sollte endlich anerkennen, dass etwas getan werden muss. Sie sollte handeln, statt ewig zu diskutieren. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Ich achte auch im Alltag darauf, möglichst viel fürs Klima zu tun. Ich esse vegetarisch und nutze den öffentlichen Verkehr. Es stört mich, wenn in Diskussionen Fakten und Meinungen vermischt werden. Ich interessiere mich für Naturwissenschaften und habe als Schwerpunktfach Biochemie gewählt.

Ich kann mir vorstellen, dereinst in der Forschung und später als Lehrerin zu arbeiten. In meiner Freizeit mache ich gerade einen Ornithologie-Kurs. Ich bin gerne in der Natur unterwegs, nehme an Exkursionen teil und gehe regelmässig joggen. Neben der Schule bleibt mir allerdings nur wenig Zeit für Hobbys. Ich finde es gut, dass Jugendliche im Kanton Glarus ab 16 Jahren wählen und abstimmen können. Wegen Corona war es mir leider noch nicht möglich, mich zu beteiligen. Die Landsgemeinde ist zwei Mal ausgefallen. An der nächsten werde ich sicher teilnehmen. Ich möchte die Chance nutzen mitzubestimmen.

Die ganze Gesellschaft profitiert davon, wenn Jugendliche neue Aspekte und Sichtweisen einbringen. Sie gewichten anders als Erwachsene. Ich bin dafür, dass das Stimmrechtsalter 16 auch auf nationaler Ebene einge-

führt wird. Jugendliche, die mitbestimmen möchten, sollen dies tun dürfen. Es geht ja um unsere Zukunft. Wir werden damit leben, was heute entschieden wird. Um mich zu informieren, schaue ich Tagesschau, lese Zeitungen und diskutiere mit meinen Eltern. Ich bin politisch interessiert. In einer Partei würde ich mich jedoch nicht wohl fühlen. Ich bin mit keiner zu 100 Prozent gleicher Meinung und fände es schwierig, eine Haltung zu vertreten, die ich nicht teile.

AUFGEZEICHNET VON EVELINE RUTZ



«Neben der Schule bin ich, hauptsächlich an den Wochenenden, als Pfadfinder aktiv, sonst bin ich oft am Skaten. Der Skatepark in Aarau ist nicht super, aber okay. Ich finde, eine gute Skateanlage muss genug Platz haben, damit Skateboard-Einsteiger ebenso fahren können wie Leute, die anspruchsvollere Tricks üben wollen. Und ja, es sollte genug Schatten haben. Intensiv zu skaten ist körperlich ziemlich anstrengend.

Im Skaten kommt man nur vorwärts, wenn man bereit ist, zu üben, zu üben und nochmals zu üben. Klar, die Verletzungsgefahr ist da, vor allem Fuss-

« Ich möchte Nationalrat, also Mitglied des Schweizer Parlaments, werden. Es reizt mich, Umstände zu verändern, die mich stören. Das Wirtschaftssystem etwa sollte liberaler und gleichzeitig grüner werden. Im Zweifel entscheide ich mich für die Effizienz: In die Schule fahre ich mit dem Bus, obwohl die Fahrt doppelt so lange dauert als mit dem Velo. Aber ich kann dabei die Zeitung lesen.

Klar, es braucht Glück, um in das Parlament gewählt zu werden. Aber ich bringe die idealen Voraussetzungen mit: Ich debattiere gerne und gut und bin schlagfertig. Seit mehr als zwei Jahren bin ich Mitglied im Jugendparlament der Stadt Bern. Dort setzen wir uns für das Stimmrechtsalter 16 ein. Im Moment befasst sich das Berner Kantonsparlament mit der Idee.

Wenn ich fertig bin mit der Schule, will ich mit einem Freund zu Fuss durch Japan reisen. Mich fasziniert, dass das Land so weit entfernt liegt, seine Kultur aber – wie ich sie aus Büchern kenne – sehr ähnlich ist wie die unsrige. An beiden Orten sind die Menschen eher verklemmt, aber hilfsbereit. Im Moment lerne ich mit Hilfe von Videos aus dem Internet die japanische Sprache. Und spare Geld für die Reise. Viel habe ich noch nicht zusammen, denn einen Job habe ich keinen. Für alles reicht die Zeit eben nicht.

AUFGEZEICHNET VON FLAVIA VON GUNTEN



Moritz Würtenberg

*2005, wohnt in Küttigen (AG) und besucht in Aarau die Bezirksschule. Er beginnt im Sommer eine dreijährige Lehre als Chemielaborant.

gelenke und Knie sind exponiert. Trotzdem trägt bei uns niemand Schoner, man hat viel zu heiss in ihnen. Und zu unserem Style wollen sie auch nicht richtig passen. Man muss es selbst ein bisschen spüren – es gibt Tage, da ist man gut drauf und es gelingen schwierige Tricks. An anderen Tagen ist es gescheiter, nicht zu viel zu riskieren.

Wenn ich höre, dass Jugendliche sich nicht für Politik interessieren oder nicht bereit sein sollen für das Stimmrechtsalter 16, muss ich klar sagen: Mit meinen Kolleginnen und Kollegen rede ich oft über politische Themen. Das ist absolut normal. Vielleicht



Jason Steinmann

*2005, wohnt in Ittigen bei Bern und besucht das Gymnasium Neufeld in Bern. Er spielt mit im Schultheater, weil er es liebt, in neue Rollen zu schlüpfen.

nicht über Parteipolitik, aber über Fragen, die unsere Zukunft betreffen, wie den Klimaschutz. Und: Ich habe, zum Beispiel mit meiner Lehrstelle, schon wichtige persönliche Entschiede gefällt und übernehme ja dafür die Verantwortung – und da sollen wir in unserem Alter nicht reif genug sein, uns zu einem politischen Thema eine Meinung zu bilden? Das geht für mich überhaupt nicht auf. Und klar, es kommt auf den Geschichtslehrer an: Aber ich finde, wir bekommen in der Schule einiges mit über die Politik in Schweiz. Das reicht längstens, damit man wählen und abstimmen kann.

AUFGEZEICHNET VON JÜRIG STEINER



◀ Damit Lebensräume für künftige Generationen erhalten bleiben, müssen wir die Umwelt besser schützen. Die Politik sollte stärker darauf achten und mehr in den Klimaschutz investieren. Meine Familie ist sensibilisiert. Wir haben kein Auto. Den Strom beziehen wir teilweise über eine Solaranlage auf dem Dach. Dass wir fast jeden Sommer nach Finnland reisen, ist aus Sicht des Klimaschutzes weniger gut. Wir besuchen jeweils Freunde und Bekannte. Meine Grossmutter ist Finnin. Von meinem Vater habe ich die Sprache gelernt. Im Finnischen gibt es übrigens keine weiblichen und männlichen Pronomen. Das gefällt mir. Eine Sprache sollte alle Menschen einbeziehen – unabhängig von ihrem Geschlecht. Ich bemühe mich, gendergerecht zu sprechen und zu schreiben. Statt «Zuhörerinnen und Zuhörer» kann man beispielsweise «Zuhörende» verwenden. Das ist keine grosse Sache. Was ich später einmal machen möchte, weiss ich noch nicht genau. Ich interessiere mich für die Medien. Vielleicht werde ich einmal als Moderatorin arbeiten.

Im Geschichtsunterricht haben wir die nationalen und kantonalen Wahlen thematisiert. Die Lehrerin hat immer wieder betont, wie wichtig es ist zu wählen, und welches Privileg wir in der Schweiz haben. Das hat mein Interesse für Politik geweckt. Ich frage meine Eltern jeweils, wie sie abstimmen. Was gerade aktuell ist, erfahre ich unter anderem durch die Social Media. Ich fände es gut, wenn Jugendliche mitbestimmen könnten. So könnten wir die Chance nutzen, mehr für den Klimaschutz zu tun. Das Stimmrechtsalter 16 würde uns zudem das Gefühl geben, integriert zu sein. Die Bevölkerung wird ja immer älter. In der Politik sollten alle Gruppen einer Gesellschaft vertreten sein. Dazu zählen auch Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen.

In meiner Freizeit bin ich häufig draussen. Ich gehe regelmässig mit Lupin, unserem Hund, spazieren. Er ist ein Toller, ein Jahr alt und hat noch viele Flausen im Kopf. Oft bin ich mit Kolleginnen unterwegs, die ebenfalls



Johanna Ruoff

***2005, lebt in Brugg (AG) und besucht die Kantonsschule in Baden. Sie liest gerne, spielt Geige und geht regelmässig mit Lupin, dem Familienhund, spazieren.**

einen Hund haben. Ich lese gerne, interessiere mich für Sprachen und kann mir vorstellen, dereinst ein Auslandssemester zu machen. Die Musik spielt in meinen Alltag eine wichtige Rolle. Ich höre verschiedene Genres, spiele Geige und singe im Chor. Was mir auch noch ein Anliegen ist: Man sollte die Aufklärung an den Schulen verbessern und mehr über gleichgeschlechtliche Liebe reden. ▶▶

AUFGEZEICHNET VON EVELINE RUTZ





Kimmo Steiner

***2004, wohnt in Thun (BE) und macht eine Lehre als Bootsbauer in Spiez. An Wochenenden trifft er Kollegen zum Basketballspielen und für Restaurantbesuche.**

ausgebildet und bezahlt werden. Ich möchte beruflich auf jeden Fall etwas mit Sport machen. Ich bewege mich gerne. Im Winter auch auf den Skipisten, im Sommer in der Badi. Als Pfadi-Leiterin bin ich zudem regelmässig mit Kindern unterwegs. Das macht mir Freude.

Ich engagiere mich dafür, dass die Politik den Klimaschutz ernster nimmt. Ich bin bereits an einigen Velodemonstrationen mitgefahren und nehme an den Strikes for Future teil. 16-Jährige sind in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden. Das ist ein gutes Alter, um mitzubestimmen. Ich halte es für eine gute Idee, das Stimmrechtsalter auf 16 zu senken. In der Corona-Pandemie habe ich verstärkt Medien konsumiert, um mich zu informieren. In der Schule werden politische Fragen ebenfalls thematisiert. Das kritische Denken könnte aber noch stärker gefördert werden. Es ist wichtig, Medienberichte zu hinterfragen.

AUFGEZEICHNET VON EVELINE RUTZ

Yves Heim

***2004, lebt in Zürich und besucht dort das Liceo Artistico, ein schweizerisch-italienisches Kunstgymnasium. Sie kickt bei den FCZ Frauen und geht in die Pfadi.**

Meine grosse Leidenschaft ist der Fussball. Ich kicke seit sieben Jahren; seit drei Jahren spiele ich bei den FCZ Frauen. Von der U17 wechsele ich gerade zur U19. Wir trainieren vier Mal pro Woche, am Wochenende bestreiten wir Matches. Wir reisen dafür häufig in andere Städte, manchmal in die Romandie oder ins Tessin. Das Niveau ist hoch: Es wird viel verlangt und ich muss wirklich alles geben. Das sagt mir zu, denn so entwickle ich mich weiter. Aktuell spiele ich in der Verteidigung, wo ich mich sehr wohl fühle. Wir haben einen guten Teamgeist. Mit einzelnen Kolleginnen mache ich auch in der Freizeit ab. Natürlich besteht ein Konkurrenzkampf. Um gut zu spielen, muss ich manchmal egoistisch denken. Andererseits kann ich nur mit dem Team wachsen. Wir können nur gemeinsam gewinnen. Lläuft es einmal nicht so rund, ärgere ich mich. Nach einer Niederlage gehe ich am liebsten nach Hause und lege mich hin.

Zu den Junioren des FCZ haben wir kaum Kontakt. Ihre U17 besteht aus drei Gruppen. Sie stehen unter einem grösseren Leistungsdruck und werden stärker selektioniert als wir. Sie haben mehr Möglichkeiten, da sie ein höheres Budget zur Verfügung haben. Sie führen beispielsweise häufiger Trainingslager durch. Ich fände es schön, wenn Mädchen und Buben gleich intensiv gefördert würden.

Fussball ist für mich mehr als ein Hobby. Ich denke daran, später einmal ins Ausland gehen – vielleicht in die USA, wo Fussballerinnen besser



Ich konnte mich nicht entscheiden, ob ich Schreiner oder Polymechaniker werden will. Darum entschied ich mich für die Ausbildung zum Bootsbauer. Dieser Beruf ist eine Mischung aus den anderen beiden. Vor der Lehre habe ich noch nie ein Boot gesteuert. Für den Abschluss aber benötige ich die Segelprüfung. Also kaufte ich mir im letzten Sommer ein Schiff und legte die Prüfung ab.

Ich mag das Gefühl der Freiheit, das ich spüre, wenn ich auf dem Thunersee unterwegs bin. Später möchte ich die Welt umsegeln. An Orte zu gelangen, die nur wenige Menschen je sehen werden, finde ich reizvoll. Langfristig möchte ich im Winter als Bootsbauer arbeiten und im Sommer als Segellehrer. Denn ich fände es schön, wenn ich mein Wissen weitergeben könnte.

Mit meinem Leben bin ich sehr zufrieden. Ich spüre keinen Drang, etwas verändern zu wollen. Politik kümmert mich wenig und ich finde es nicht schlimm, dass ich zum Mitbestimmen zu jung bin.

Wichtiger ist mir, dass meine Stimme im Handballteam gehört wird. Dort bin ich Captain und habe entsprechend Einfluss: Der Trainer und ich bestimmen gemeinsam, was die Mannschaft übt im Training. Und an Spielen darf ich immer als Erster die Trikotnummer wählen. Die Acht hat keine spezielle Bedeutung für mich, trotzdem trage ich immer sie.

AUFGEZEICHNET VON FLAVIA VON GUNTEN

Lionel Formaz

***2005, lebt in Martigny (VS). Er besucht die Handelsschule. Lionel trainiert gewissenhaft griechisch-römisches Ringen, aber auch Parkour und Skateboarden.**



« Den 16-Jährigen das Wählen zu ermöglichen ist ein Anliegen, das ich unterstütze. Ich habe das Gefühl, dass die jungen Leute heute reifer und gebildeter sind als früher. Da sich viele junge Leute heute für Politik begeistern, wollen sie in die Entscheidungen einbezogen werden. Für mich wäre es wichtig, informiert zu entscheiden, also jeweils die Anliegen beider Seiten anzuschauen. Es ist letztlich egal, ob 16- oder 18-Jährige wählen: Man muss die gegensätzlichen Ansichten und Meinungen in Betracht ziehen und nicht nur so abstimmen, wie es Eltern oder Freunden gefiele. Entscheide möchte ich unabhängig und informiert fällen.

Es stimmt, dass junge Menschen zur Schule gehen und keine Steuern zahlen und somit die Folgen der Entscheidungen nicht mittragen. Aber die gefällten Entscheidungen beeinflussen das Leben der jungen Schweizerinnen und Schweizer für eine sehr lange Zeit. Einige ältere Menschen mögen denken, dass sich die Jugend beim Abstimmen von kurzfristigen Interessen lenken lasse. Doch viele junge Menschen interes-

sieren sich heute für langfristige Themen wie die globale Erwärmung, den Welthunger und den Weltfrieden. Ähnlich wie junge Menschen ihren Bildungsweg wählen, wird das Wahlrecht der Jugend auch helfen, eine aktive Rolle in ihrer politischen Zukunft zu spielen.

Es ist manchmal schwierig, etwas zu verändern. Aber mir scheint es sehr wichtig, dass viele verschiedene Stimmen gehört werden, also auch die Stimmen der Jüngeren. Wenn man weiss, dass die eigene Stimme zählt, engagiert man sich auch mehr für sein Land und die getroffenen Entscheide.

Wenn ich älter bin, kehre ich vielleicht in die Schweiz zurück, um dort dauerhaft zu leben. Kann ich jetzt abstimmen, kann ich mitbestimmen, wie die Schweiz aussehen soll, die meine Kinder kennenlernen werden. Das Stimmrecht für 16-Jährige trägt sicher zu einer engagierten Wählerschaft bei: Es kommen zu den bisherigen Stimmen neue dazu, die gehört werden sollten.

AUFGEZEICHNET VON STÉPHANE HERZOG



Ja, Politik interessiert mich! Wenn in den USA oder in Frankreich eine grosse Debatte stattfindet, schaue ich, wer sie gewinnt. So habe ich zum Beispiel Ausschnitte aus der Debatte zwischen Le Pen und Macron gesehen. Die war ziemlich heiss. Sie haben sich ein paar gute Stiche versetzt. Mit dieser Art der Debatte haben wir uns in einem Volkswirtschaftskurs auseinandergesetzt. In der Schweiz ist die Politik weniger lebendig. Der Bundespräsident sticht nicht hervor. Was das Stimm- und Wahlrecht angeht, mussten die Frauen es sich hart erkämpfen, und in vielen Ländern verfügen sie noch immer nicht darüber. Es ist deshalb ein wichtiges Recht.



Juliette Siffer

***2005, lebt mit ihrer schweizerisch-amerikanischen Familie in New York. Sie besucht die High School und mag es, sich politisch zu engagieren und philosophische Diskussionen zu führen.**



Ob Stimmrechtsalter 16 die beste Idee ist, bin ich mir nicht sicher, denn nicht alle 16-Jährigen sind bereit dafür. Eine Lösung wäre vielleicht, es zuerst auf Gemeindeebene einzuführen. Für die nationalen Abstimmungen und Wahlen denke ich, dass wir zuerst tiefergehende Informationen brauchen. In der Lokalpolitik denke ich jedoch, dass die Gemeinden mehr auf die Jungen hören sollten.

Die kürzliche Eröffnung eines Skateparks in Martigny ist eine gute Sache. Es hat jedoch 15 Jahre gedauert, bis das Projekt realisiert wurde! Wenn es während der Corona-Pandemie regnete, gab es keinen Ort, an dem man sich mit Freunden treffen konnte. Es muss mehr Platz für die Jugend geschaffen werden.

Meine Zukunft? Ich wünsche mir ein Haus und eine Familie in Martigny. Ich habe noch einen weiteren Traum für die nähere Zukunft: Mit meinen Freunden nach Japan zu reisen und die dortige Kultur zu entdecken, denn ich bin ein Fan von Mangas und japanischen Animes. Zu den grossen Themen der Zukunft gehört sicher die Klimaerwärmung. Ich leiste selbst kleine Beiträge: Ich trenne Abfälle, verschwende keinen Strom. Ich fühle jedoch, dass echtes kollektives Handeln bisher fehlt. Wir müssen auf jeden Fall die Atomkraftwerke abschalten, um die Verseuchung der Lebensräume zu verhindern, und saubere Energieformen finden. Selbst in die Politik gehen? Ich bin zurzeit nicht aktiv, aber eines Tages: warum nicht?

AUFGEZEICHNET VON STÉPHANE HERZOG



Cléo Perret

*2005, Schülerin am Gymnasium in Genf in einer Klasse mit der Vertiefung Musik. Sie spielt klassisches Klavier und tanzt.

« Mit 16 wählen und abstimmen? Ja, ich würde es tun. Dazu muss man jedoch Abstand nehmen können, und nicht alle Jugendlichen haben dafür den genügend klaren Blick auf die Welt. Aber viele Abstimmungsthemen betreffen eher die Jugend als die Älteren. In der Klimafrage wäre das Abstimmungsalter 16 nützlich. Ebenso, was die Pestizide betrifft. Diese Themen waren in den sozialen Netzwerken sehr präsent. Da hätten wir das Rüstzeug für die Abstimmung gehabt. Der Nachteil wäre, dass die Jugendlichen vielleicht etwas zu früh in die Welt der Erwachsenen eintreten müssten.

Die Schweizer Politik? Davon verstehe ich nicht allzu viel. Viel Getue für ein so kleines Land mit seinen drei politischen Ebenen. Aus der Regierung ist mir der Name Alain Berset bekannt. Zuhause habe ich auch viele Gespräche über die Affäre Maudet gehört. Ich verfolge die Medien abgesehen von den Artikeln, die wir in der Schule lesen, nicht besonders eng. Wir haben zum Beispiel über die Beschaffung der Kampfjets debattiert. Ich bin oft auf Instagram, wo ich einigen Kanälen folge.

Meine Hoffnungen für die Welt? Als Erstes wünsche ich mir, dass das Virus verschwindet! Danach geht es um die Frage des Klimawandels. Wir müssen dringend handeln, es ist jedoch noch nicht zu spät. Dafür habe ich auch demonstriert. Die Behörden müssen die Energiewende organisieren. Meine persönlichen Träume drehen sich um die klassische Musik, die ich spiele, seit ich ganz klein war. Ein Instrument zu lernen, ist das Privileg einer bestimmten sozialen Schicht. Ich wünsche mir, dass der Zugang für benachteiligte Menschen ermöglicht und erleichtert wird. Die Musik wird auch in meinem Erwachsenenleben präsent sein. Ich werde in der Stadt leben und Kinder haben. Dies sind meine wichtigsten Wünsche. Was meine Ängste betrifft, fürchte ich, dass das Klima durcheinandergeraten könnte. Das macht mir Angst. Ausserdem könnte künstliche Intelligenz eine Gefahr für die menschliche Arbeitstätigkeit sein. Wir leben in einer Zeit, in der die Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr garantiert ist.

AUFGEZEICHNET VON STÉPHANE HERZOG



« Ich habe ein volles Leben. Es ist nicht leicht, alle Sachen darin unterzubringen, die ich gerne mache. An drei Abenden pro Woche tanze ich Hip Hop und Jazz. Ich genieße es, mich mit anderen Menschen im Raum zu bewegen und dabei meine Alltagssorgen zu vergessen. Ausserdem spiele ich Klavier, zeichne Menschen und Tiere in mein Skizzenbuch und verändere Kleider mit der Nähmaschine. Oft bin ich mit meinen Freundinnen entlang der Aare unterwegs. Wir spielen Karten oder Volleyball, skaten, picknicken, hören Musik oder reden einfach.



Olivia Aeschlimann

***2005, wohnt in Bern und besucht dort das Gymnasium Kirchenfeld. Sie hört gerne den Radiosender SRF 3, weil dort die Mischung aus Musik und Infos stimmt.**

Dass ich so viele Interessen habe, finde ich positiv. Es kann aber auch ein Hindernis sein: Denn einen Plan, was ich nach dem Schulabschluss machen will, habe ich nicht. Ein Jusstudium reizt mich, aber auch Medizin. Auf jeden Fall will ich mich gegen die Ungleichheiten in der Gesellschaft einsetzen. Vorerst mache ich das, indem ich an Demos mitlaufe. Irgendwie muss ich meinen politischen Willen ja kundtun – an der Urne darf ich das leider nicht. Warum ich dafür noch zwei Jahre warten muss, leuchtet mir nicht ein. Staatskunde haben wir in der Schule bereits durchgenommen. An politischem Wissen werde ich dann also nicht reicher sein, einzig ein bisschen an Lebenserfahrung.

AUFGEZEICHNET VON FLAVIA VON GUNTEN



Elena Niederhauser

***2004, wohnt in Tarasp im Unterengadin (GR) und fängt demnächst eine Lehre als Drogistin an. Sie kann sich durchaus vorstellen, mal in die Politik zu gehen.**



Wenn ich nicht gerade in der Schule bin oder für die Schule lerne, bin ich meistens mit meinen Kollegen unterwegs, lese oder koche. Die Schule ist mir sehr wichtig und ich versuche, so gute Noten wie möglich zu erreichen. Im Frühsommer schliesse ich die Sekundarschule ab, danach beginne ich eine Lehre als Drogistin. Ich möchte eine gute Ausbildung haben, am liebsten mit anschließendem Studium. Dafür werde ich das Tal verlassen müssen. Wahrscheinlich werde ich später in einer Stadt leben, vielleicht sogar im Ausland. Aber irgendwann möchte ich zurückkehren und wieder hier im Unterengadin leben.

Meine Mutter ist in der Lokalpolitik tätig. Als ich und mein Bruder noch jünger waren, war das noch kein Thema für uns. Jetzt merken wir, dass bei uns Zuhause viel über Politik diskutiert wird, gerade auch wenn Abstimmungen sind. Das finde ich inzwischen spannend. Die jüngsten Vorlagen mit Pestizidinitiative

oder Trinkwasserinitiative betreffen unsere Familie direkt, weil meine Eltern einen Bergbauernhof führen. In der Schule mussten wir über diese Abstimmungsvorlagen einen Podcast machen und dadurch haben wir uns intensiv mit Politik befasst. Ich versuche, mir stets eine eigene Meinung zu bilden. Ich fände es zwar schön, wenn man mit 16 Jahren bereits abstimmen dürfte, andererseits wäre ich auch überfordert. Von vielen Sachen habe ich doch keine Ahnung! Mit 16 haben wir ganz andere Sorgen, als bereits eine wichtige Rolle in der Demokratie spielen zu müssen. Die Klimapolitik würde ich aber gerne verändern. Man könnte so vieles besser machen. Ich kann mir gut vorstellen, später einen politischen Weg einzuschlagen. Es muss ja nicht gleich Bundesrätin sein.

AUFGEZEICHNET VON FADRINA HOFMANN



Noch mehr auf www.revue.ch

Und was sagen und denken die 16-Jährigen Dewjana (GE), Lisa (TG), Malin (SO), Noelia (GL) und Valérie (SG)? Ihre Porträts sind unter www.revue.ch zu finden – in der Sammlung aller sechzehn von uns befragten Jugendlichen.

Das luftigste Verkehrsnetz der Schweiz

In keinem anderen Kanton fahren so viele skurrile kleine Seilbahnen über klaffenden Abgründen wie im bergigen Uri. Einst unverzichtbar für die Erschliessung abgelegener Bergbauernhöfe, dienen sie heute auch dem sanften Tourismus.

JÜRIG STEINER

Das Eggenbergli ist eine kleine Landschaftsterrasse hoch oben an der steilen Schattenflanke des tief eingeschnittenen Schächentals, das vom Urner Hauptort Altdorf in die felsige Wildnis des Klausenpasses führt. Motorisiert ist das Eggenbergli höchstens von gewieften Bergbauern mit dem Geländemotorrad zu erreichen, aber mit dem Weiler Witterschwanden unten an der Klausenpassstrasse verbinden es zwei 1500 Meter lange Drahtseile. Sie sind wichtige Lebensadern, denn an ihnen schwebt ein Verkehrsmittel, das gleichzeitig historisch und innovativ ist.

Die zwei kleinen Seilbahnkabinen, Baujahr 1953 und grün gestrichen wie Wald und Wiesen, sehen aus wie liebevoll gepflegte Ausstellungsstücke aus dem Oldtimermuseum. Vier Personen können sich maximal auf die zwei Sitzbänke falten, das Gepäck kommt draussen auf eine Freiluftablage. Eine zweiarmige Aufhängung, dünn wie Spaghettiträger, verbindet die Kabine mit den vier Rollen auf dem Seil. Die Fahrt löst man als Passagier, mit Jetoneinwurf und Knopfdruck, selber aus. Wenn die Kabine strombetrieben aus der Bergstation auf die steile Talfahrt gleitet, kippt sie entschlossen nach vorn, so dass einem der Atem stockt. Allerdings nur kurz.

Dann schwebt man in einer Art aufgehängtem Döschwo, dem Zwei-



Pferdestärken-Kultauto von Citroën, sanft über exponiertes Bauernland: Wiesen in oft schwindelerregender Schräglage, die wie hellgrüne Inseln im dunklen Bergwald leuchten, auf ihnen verstreute, in den Abhang gebaute Wohnhäuser, zwischen denen Landwirte mit Laubbläsern das getrocknete Heu zusammenstossen. Eine Strassenerschliessung gibt es nicht.

Scheinbar aus der Zeit gefallene Seilbahnen wie diejenige auf das Eggenbergli und die von den Urner Bergwirten geschaffene Kulturlandschaft



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden. Heute: auf Besuch in der Region mit der höchsten Seilbahndichte der Schweiz.

hängen eng zusammen. Das eine wäre ohne das andere kaum denkbar. «Der Bau vieler Urner Kleinseilbahnen seit dem Zweiten Weltkrieg wurde vom kantonalen Meliorationsamt unterstützt», sagt der Historiker Romed Aschwanden. Er ist Geschäftsführer des Instituts «Kulturen der Alpen», einer Aussenstation der Universität Luzern in Altdorf, die sich auch mit der Urner Seilbahnkultur befasst. Und zwar ziemlich originell: Unter anderem sammelt der Musikwissenschaftler Michel Roth im Schächental Ton-



spuren schwingender Drahtseile. Er will die archivierten Klänge zu einer Komposition verdichten.

Draht zur Zivilisation

Historiker Aschwanden hingegen beschäftigt sich mehr mit der gesellschaftlich prägenden Funktion der Seilbahnen: Im Berggebiet von Uri führten kleine Seilbahnen zu einem ähnlichen Resultat wie klassische Meliorationen mit Entsumpfung und Gewässerkorrektur im Flachland. Sie vereinfachten die Bewirtschaftung von Landwirtschaftsland und steigerten dessen Erträge, weil sie den Draht zur Zivilisation herstellten. Als periphere Siedlungen per Seilbahn erschlossen waren, konnten die Kinder plötzlich problemlos die Schule besuchen, Vater oder Mutter leichter einem Zweiterwerb im Tal nachgehen.

Das «Niederberger Schiffli»

Weil das Urnerland aussergewöhnlich verwinkelt und steil ist, entstand ein einmalig dichtes Seilbahnnetz, zu dem heute offiziell noch 38 für Personentransporte konzessionierte

Bahnen in allen Urner Kantonsteilen gehören. Spektakulär wie auf das Eggenbergli ist etwa die Fahrt in der offenen Kleinstkabine von Bristen im Maderanertal auf den Waldiberg oder von der Musenalp hinunter ins Chlital bei Isenthal.

Den Seilbahnboom einst entscheidend angetrieben hat der Nidwaldner Industriepionier Remigi Niederberger, eigentlich ein Schmied, der um die Jahrhundertwende das Potenzial von auf Drahtseilen geführten Schwebebahnen erkannte. Er und seine Söhne entwickelten, wie Historiker Aschwanden erklärt, im Eigenbau eine auf das raue Berggebiet perfekt abgestimmte Spezialkonstruktion: eine Kleinstkabine, auf das Notwendigste reduziert, trotzdem vor der Witterung schützend, deren kurzes Gehänge es erlaubte, Seilbahnen mit niedrigen Masten zu bauen. Die sogenannten «Niederberger Schiffli», wie sie auch auf das Eggenbergli fahren, sind heute ein historisches Industriekulturgut.

ÖV in der Vertikalen

In zwei Sektionen führt eine kleine Gondelbahn aus dem Schächental auf

Das «Niederberger Schiffli» sieht aus, als wärs ein skurrielles, schwebendes Stück aus einem Oldtimermuseum.

Fotos Uri Tourismus



Im Cockpit des «Niederberger Schifflis» müssen Passagiere sich selber kundig machen, wie die Seilbahn in Bewegung zu versetzen ist.

Foto Jürg Steiner

das Hochplateau Ruogig, das als Alpen genutzt wird. Um die Mittel- wie um die Bergstation verstreuen sich weitläufig kleine Bauernhöfe, die sternförmig mit kleineren Materialseilbahnen an die Hauptachse angeschlossen sind. Milch und Heu werden so gesammelt und ins Tal geliefert, Güter des täglichen Bedarfs kapillar zu den Bauernfamilien verteilt. «Zur Urner Seilbahnkultur gehört nicht nur die Bahn an sich, sondern auch die filigrane Feinerschliessung der Streusiedlungen», sagt Historiker Aschwanden. Man könnte von einem luftigen ÖV-Netz in der Vertikalen reden.

Wunder Punkt dieses Systems ist die mangelnde Wirtschaftlichkeit. «Die vielen Kleinbahnen mit niedrigen Frequenzen können kaum rentabel betrieben werden», bestätigt Toni Arnold, Geschäftsführer des Urner Seilbahnverbands. Ein zentraler Aspekt: die wachsenden Sicherheitsanforderungen. Auch wenn die Kleinbahnen auf den ersten Blick aussehen wie schlecht gewartete Provisorien, unterstehen sie laut Arnold dem gesetzlich festgelegten Prüfungsrhythmus. Jede Bahn werde einmal jährlich von der zuständigen Fachstelle einer technischen Kontrolle unterzogen, das Seil mit Spezialmethode geröntgt. Unfälle gab es in den letzten Jahrzehnten höchstens mit Materialseilbahnen, in die sich verbotenerweise Passagiere gesetzt hatten.

Konkurrenz der Strasse

Arnold hofft, dass der wachsende Outdoor-Tourismus den Urner Kleinseilbahnen etwas wirtschaftlichen Rückhalt gibt, zumal die meisten Kabinen etwa mit Installationen zum Transport von Mountainbikes versehen sind. Gleichzeitig verschweigt Arnold



nicht, dass Strassenerschliessungen die historischen Kleinseilbahnen an mehreren Orten mittelfristig in Frage stellten. Obschon «die Strasse nicht in jeder Beziehung besser abschneidet als die Seilbahn», wie er anmerkt. Zwar sei ein Strassenzugang für Nutzerinnen und Nutzer bequemer und unkomplizierter. Aber: Bei Eisglätte im Winter sei die Seilbahn klar im

Vorteil. Und: Mit ihrer beschränkten Kapazität bilde sie eine Barriere gegen den Massenandrang und garantiere einen sanften, ökologischen Tourismus, der heute gefragt sei. Eine besondere touristische Nische erschliessen die Kleinseilbahnen im Winter, weil sie Tourenskifahrer in unpräparierte Hänge transportieren, wenn weiter oben das Lawinenrisiko ist.



Links: 790 Höhenmeter überwindet die kleine Seilbahn Amsteg–Arnisee. Rechts: Ein besonders luftiges Gefährt ist die Seilbahn Hofstetten–Wilerli.

Fotos Uri Tourismus

Das Urner Schächental ist besonders reich an Kleinseilbahnen. Sie sind auf der Karte mit roten Linien markiert.

© Swisstopo

Landwirt Martin Gisler ist kein Tourist, aber von einer Strasse will er trotzdem nichts wissen. Er verantwortet den Betrieb der Seilbahn von Witterschwanden aufs Eggenbergli, die als öffentliches Verkehrsmittel einen besonderen Service sicherstellt. Alle fünf Stützmasten dienen auch als Haltestellen, die man per Knopfdruck autonom ansteuern kann. Fünf Familien leben ganzjährig am Hang unter der Seilbahn, jede Haltestelle erschliesst ein Haus. Martin Gisler wohnt bei Masten fünf. Er schätzt die Bahn vor allem in schneereichen Wintern, wie er erzählt, wenn er allein mit der Räumung des Fusswegs zu seinem Hof den ganzen Tag beschäftigt wäre.

Jüngst diskutierte die Betriebsgenossenschaft eine Strassenerschliessung für die in die Jahre gekommene Bahn, aber sie kam wieder davon ab. Nicht nur wegen der Kosten. Ein Leben ohne Seilbahn kann man sich am Eggenbergli nicht vorstellen.

Damit den Worten nicht wieder Taten folgen

In der Schweiz soll ein Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus entstehen. Ein von verschiedenen Organisationen erarbeitetes Konzept stösst in der Politik auf offene Ohren. Die Initianten wollen auch Vorurteilen und Ausgrenzung von heute entgegenwirken.

SUSANNE WENGER

Fünf Organisationen, unter ihnen die Auslandschweizer-Organisation ASO, haben dem Bundesrat Ende Mai ein Konzept für eine Gedenkstätte in der Stadt Bern eingereicht. Sie soll an Schweizerinnen und Schweizer erinnern, die vom nationalsozialistischen Regime «als Jüdinnen und Juden, als politische Oppositionelle oder aus anderen Gründen verfolgt, entrechtet und ermordet wurden», wie die Initianten mitteilten. Ebenfalls sei die Gedenkstätte den Menschen gewidmet, die sich den Nazis entgegenstellten oder den Verfolgten Schutz und Hilfe boten. Zugleich gehe es darum, den verfolgten Frauen, Männern und Kinder zu gedenken, denen die Schweizer Behörde die Rettung verweigerte.

150 Erstunterzeichnende – darunter viele bekannte Persönlichkeiten – und 30 Organisationen unterstützen das Anliegen. Gedenktafeln und Ähnliches aus privater Initiative gibt es zwar schon einige in der Schweiz. So er-

innern seit Ende letzten Jahres sogenannte Stolpersteine an mehrere Schweizer Nazi-Opfer. Die Steine, wie man sie in Deutschland und Frankreich schon länger kennt, wurden vor einstigen Wohnorten Betroffener in der Stadt Zürich in den Boden verlegt. «Doch nun ist die Zeit reif für eine offizielle Gedenkstätte, getragen vom Bund», unterstreicht ASO-Präsident Remo Gysin.

Erinnerung an Grauen und Terror

Es sei wichtig, «die Erinnerung an das unvorstellbare Grauen des Holocaust, an das terroristische Nazi-Regime wachzuhalten» – auch in der Schweiz und besonders gegenüber der jüngeren Generation, sagt Ralph Lewin, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG). Neben einer künstlerischen Intervention im öffentlichen Raum soll das Denkmal Bildungs- und Informationsangebote beinhalten, auch online. Denn dass es Schweizer Nazi-Opfer gibt, war in der Öffentlichkeit bis vor einigen Jahren kaum bekannt. Jüngere Forschung zeigt aber: Gegen tausend Menschen mit Bezug zur Schweiz erlitten die Schrecken der Konzentrationslager, mehr als zweihundert von ihnen wurden dort getötet.

Der Zürcher Sozialdemokrat Albert Mülli (1916–1997) überlebte das KZ Dachau. Er hatte 1938 Flugblätter nach Wien geschmuggelt. Die Schweizer Behörden warfen ihm nach seiner Befreiung «grosses Selbstverschulden» vor. Das alles hinterliess Spuren, die im Alter hochkamen, wie seine Tochter Ursula Zellweger erzählt. Sie sagt: «Ein Zeichen der offiziellen Schweiz ist überfällig.» Auch die frü-

Vergessene Schweizer Opfer

In einem Ende 2019 publizierten Buch arbeiteten drei Deutschschweizer Journalisten erstmals die Schicksale von Schweizer KZ-Häftlingen auf, die meisten unter ihnen Auslandschweizer (siehe «Schweizer Revue» 1/2020). Nun erscheint das vielbeachtete Buch auch auf Französisch, in einer aktualisierten Fassung. «Nach der Publikation haben sich Leserinnen und Leser bei uns gemeldet und uns Informationen zu weiteren Schweizer Fällen geliefert», sagt Mitautor Benno Tuchschnid. Die Quellen seien gesammelt und verifiziert worden. Das ergänzte Buch führt nun 749 Nazi-Opfer mit Bezug zur Schweiz auf. Neu dazu kam unter anderen die Jüdin Henryka Sigmann, die mit ihrem Mann und zwei ihrer fünf Kinder in den Niederlanden verhaftet, nach Auschwitz deportiert und dort 1943 umgebracht wurde. Im KZ Gusen starb 1945 Eugène Edouard Scheuch. Er war zwei Jahre zuvor in Frankreich wegen unerlaubten Waffenbesitzes verhaftet worden.

Les Victimes oubliées du 3e Reich. Von Balz Spörri, René Staubli, Benno Tuchschnid. Editions Alphil, 384 Seiten. 29 CHF, 25 Euro. Erhältlich ab Oktober 2021.



Erinnern heisst auch, den Opfern einen Namen und ein Gesicht zu geben: Albert Mülli war im KZ Dachau inhaftiert. Foto Schweizerisches Bundesarchiv



Initianten der Gedenkstätte bei der Übergabe ihrer Projektidee an den Bundesrat, im Beisein der Holocaust-Überlebenden Vera Rottenberg (zweite von links). Foto Keystone

here Bundesrichterin Vera Rottenberg (77) unterstützt die Gedenkstätte. Als Baby in einer jüdischen Familie entkam sie 1944 im deutsch besetzten Budapest nur knapp der Deportation. Weil Veras Mutter durch ihre Heirat mit einem Ungarn das Schweizer Bürgerrecht verloren hatte, wurde ihnen die Rückreise zunächst verweigert. Erst dank dem beherzten Eingreifen eines Gesandtschaftssekretärs war die Flucht möglich. «Er hiess Harald Feller», sagt Vera Rottenberg. Die Namen solch mutiger Schweizerinnen

und Schweizer, die für Verfolgte einstanden, seien zu wenig bekannt.

Einstehen für Demokratie

Bezüge zur Gegenwart sind den Initiantinnen und Initianten wichtig. «Die massive Zunahme von Antisemitismus in den sozialen Medien bereitet uns Sorgen», bekannte SIG-Präsident Ralph Lewin. Hassrede, Diskriminierung und Rassismus müsse man sich entgegenstellen, denn von damals wisse man: «Aus Gedanken wurden Worte, aus Worten Taten.» Das Memorial soll für zentrale Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sensibilisieren. Im Bundeshaus werden die Pläne für einen offiziellen Schweizer Erinnerungsort gestützt. Der Ständerat überwies vor den Sommerferien eine entsprechende Motion des SP-Vertreters Daniel Jositsch ohne Gegenstimme. Einen gleichlautenden Vorstoss von Alfred Heer (SVP) im Nationalrat haben zahlreiche Parlamentsmitglieder von links bis rechts unterzeichnet. Auch die Landesregierung zeigt sich offen. Der Bundesrat wolle aktiv zu einem Memorial beitragen, sagte Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) im Parlament. Der Staat dürfe ein solches nicht verordnen, es müsse von der Zivilgesellschaft getragen sein. Das sei beim eingereichten Konzept der Fall, anerkannte Cassis.

www.swissmemorial.ch | www.stolpersteine.ch



Sogenannte «Stolpersteine» erinnern nun auch in Schweizer Städten – hier ein Beispiel aus Zürich – an die Opfer des Nationalsozialismus. Foto Keystone



Grenzen als Glück, Grenzen als Gefahr

Wie bleibt ein Museum, das auf den ersten Blick ein ganz eng gefasstes, begrenztes Thema zum Gegenstand hat, über die Jahrzehnte hinweg anregend? Solches fragt man sich mit Blick aufs Bourbaki-Museum in Luzern, einem Museum, das architektonisch und inhaltlich von einem einzigen Ereignis geprägt ist: der winterlichen Grenzüber-schreitung von 87 000 zerlumpten, frieren-

den und hungernden Soldaten unter dem französischen General Bourbaki im Jahr 1871. Unter Bourbakis Führung suchte die desolante Armee Zuflucht in der Schweiz. Und in der Folge trug die Aufnahme, Entwaffnung und Internierung der Geflüchteten massgeblich zum Schweizer Selbstverständnis von Humanität und Neutralität bei, – dies auch dank dem Maler Edouard Castres, der die Grenz-überschreitung, die für eine ganze Region zu einer Grenzerfahrung wurde, auf ein



112 Meter langes Gemälde bannte. Das Gemälde ist das Kernstück des Bourbaki-Museums. Heute zieht das Panoramagemälde – das Medium Panorama gilt auch als Vorläufer des Kinos – noch immer in den Bann: Castres Werk bleibt ein herausragendes Kunstwerk und es bleibt eine künstlerische und schonungslose Kriegsanklage: Castres Pinsel heroisiert das Leiden nicht.

Während dem Erinnerungsjahr 150 Jahre nach der Grenzüberschreitung der ausge-

zehrten Soldaten erinnert das Museum nicht nur ans damalige Leid und an die damalige Solidarität, mit der die Schweiz den vielen Geflüchteten begegnete. Vielmehr schlägt es den Bogen zu heute – zu heutigen Grenzgeschichten und Grenzerfahrungen: Es spielt – und provoziert – mit der Auslotung von Grenzen aller Art, führt aufs Terrain der eigenen, menschlichen Grenzen, rückt moderne Grenzwächter ins Bild und auch jene, die an unseren heutigen Landesgrenzen scheitern.

Grenzen, wird dabei klar, sind beides: Gefahr und Chance. All das vermittelt das Museum nicht mit Staffelei und in Öl wie einst Castres, sondern mit einem Cocktail multikultureller Angebote, Bilderrätseln, Podien, thematischen Führungen. Auch in der Vermittlungsform verschiebt das im Jahr 1871 verankerte Museum seine Grenzen.

MUL

Erinnerungsjahr Bourbaki – Sonderausstellung und -anlässe bis 31.12.2022 – www.bourbakipanorama.ch

Die Schweiz vor unsicherer Zukunft in Europa

Der Bundesrat lässt das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) scheitern. Trotzdem will er den bilateralen Weg fortsetzen: ein riskanter Plan mit vielen Fragezeichen.

THEODORA PETER

«Schwarzer Tag», «Fehlentscheid» oder doch ein «Befreiungsschlag»? Mit welchem Titel der 26. Mai 2021 in die Chronik der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa eingehen wird, wird sich erst im Rückblick zeigen. An jenem kühlen und regnerischen Mittwoch traten in Bern drei Mitglieder der Landesregierung vor die Medien, um mit ernsten Gesichtern den Abbruch der Verhandlungen mit Brüssel zu verkünden. Bundespräsident Guy Parmelin (SVP) - flankiert von Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) – erklärte es so: «Die Verhandlungen haben nicht zu den nötigen Lösungen geführt.» Der unspektakuläre Satz stand ganz im Widerspruch zur Sprengkraft seines Inhalts: Nach sieben Jahren zäher Verhandlungen steht die Schweiz vom Verhandlungstisch auf und schlägt die Türe hinter sich zu.

Das Rahmenabkommen hätte die gesamten Beziehungen zwischen der EU und dem Nicht-EU-Land Schweiz regeln sollen. Das ist schon deshalb wichtig, weil für die Schweiz die EU der wichtigste Handelspartner ist. Und: Der Rahmenvertrag hätte alle bisherigen bilateralen Abkommen ablösen sollen. Der Entwurf dazu lag seit 2018 zur Unterschrift bereit, nachdem die EU die Verhandlungen von ihrer Seite als beendet erklärt hatte. Doch die Schweiz verlangte weitere «Präzisierungen» zu umstrittenen Punkten – unter anderem zum Lohnschutz und zu den Aufenthaltsrechten von EU-Bürgern in der Schweiz (siehe «Revue» 2/2019). Die Differenzen blieben letztlich unüberbrückbar: Auch die erst kürzlich nach Brüssel entsandte, neue Unterhändlerin Livia Leu konnte die Stolpersteine nicht mehr aus dem Weg räumen. Ihr blieb schliesslich nichts anderes übrig, als den Absagebrief der Landesregierung in die EU-Zentrale zu überbringen. Für einen Anruf des Schweizer Bundespräsidenten hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen «keine Zeit». Mit anderen Worten: In Brüssel war man nachhaltig verstimmt.

Volk wird nicht befragt

Auch in der Schweiz sorgte der Verhandlungsabbruch vielerorts für Konsternation – insbesondere auch deshalb, weil der Bundesrat einen solch weitreichenden Entscheid ohne Einbezug von Parlament und Stimmvolk gefällt hatte. Politbeobachter wie der Historiker Thomas Maissen warfen der

Das letzte Zusammentreffen vor dem Nein aus Bern zwischen Bundespräsident Guy Parmelin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Zugewandtheit sieht anders aus: Haltung und Ausdruck lassen die «unüberwindbaren Differenzen» bereits erahnen. Foto Keystone



Regierung Mutlosigkeit vor, weil sie einer innenpolitischen Auseinandersetzung rund um das Vertragswerk ausgewichen und den «Weg des geringsten Widerstands» gegangen sei. Tatsächlich war die Mehrheitsfähigkeit des Rahmenabkommens höchst fraglich: Nebst der SVP, die den «Unterwerfungsvertrag» grundsätzlich bekämpft hatte, stellten sich auch die Gewerkschaften quer. Mit Ausnahme der GLP war die Skepsis zudem bei den übrigen Parteien gross. Darüber hinaus war wenig hilfreich, dass Brüssel in den Verhandlungen kaum Kompromissbereitschaft zeigte.

Wie soll es nun weitergehen? Einen eigentlichen «Plan B» präsentierte der Bundesrat nicht. Er hofft weiterhin auf den bilateralen Weg. Dies, obwohl die EU klargemacht hatte, man werde ohne ein Rahmenabkommen mit der Schweiz weder neue Verträge abschliessen noch bisherige Verträge erneuern. Der Bundesrat hat der europäischen



Kommission «die Aufnahme eines politischen Dialogs zur Entwicklung einer gemeinsamen Agenda» vorgeschlagen, wie Aussenminister Ignazio Cassis erklärte. Zudem gehe man davon aus, dass die bestehenden bilateralen Verträge «weiterhin konsequent und problemlos» angewendet würden. Für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ist vor allem die Sicherung der Personenfreizügigkeit zentral. Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) befürchtet, dass mit dem Verhandlungsabbruch die Bleibe-Rechte der rund 434 000 in EU-Ländern lebenden Schweizerinnen und Schweizer gefährdet werden.

Nadelstiche aus Brüssel

Um den bilateralen Weg zu sichern, will der Bundesrat Schweizer Gesetze freiwillig ans europäische Recht an-

gleichen. Dadurch möchte er Benachteiligungen vermeiden und die Interessen der Schweiz wahren. Zudem will die Regierung die noch ausstehende Kohäsionsmilliarde nach Brüssel überweisen. Sie ist laut Cassis «die Eintrittsgebühr für den Zugang zum Binnenmarkt» und soll gegenüber der EU ein versöhnliches Zeichen setzen. Das Parlament wird im September über die Freigabe des Betrags in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken entscheiden. Die eidgenössischen Räte hatten die Zahlung im Dezember 2019 zwar im Grundsatz schon bewilligt, die Überweisung aber an die Bedingung geknüpft, dass die EU auf Strafmassnahmen gegenüber der Schweiz verzichtet.

Erste Nadelstiche hat Brüssel inzwischen gesetzt: So sehen sich Firmen, die Medizinaltechnik exportieren, seit Ende Mai mit hohen administrativen Hürden bei der Zulassung ihrer Produkte im EU-Raum konfrontiert. Dies ist eine direkte Folge des Scheiterns des Rahmenabkommens und nährt die Befürchtung, dass der barrierefreie Zugang zum EU-Binnenmarkt nun weiter erodiert. Ungemach droht auch beim Zugang zum Forschungsprogramm Horizon Europe. Eine Herabstufung oder gar ein Ausschluss der Schweiz würde nicht zuletzt die Mobilität von Studierenden und Forschenden bremsen.

Vorläufig ganz vom Tisch sind neue bilaterale Abkommen, etwa beim Handel mit Elektrizität. Auch ohne Stromabkommen sollte es in der Schweiz nicht zum Blackout kommen. Doch steigt das Risiko von kritischen Situationen im Stromnetz, wenn die Netzbetreiber von Kooperationsplattformen der EU ausgeschlossen werden.

Nicht alle Beobachter sehen pessimistisch in die Zukunft. Der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann geht davon aus, dass Brüssel letztlich auf einen pragmatischen Kurs einschwenken wird – wie schon bei den Verhandlungen mit dem abtrünnigen Grossbritannien. «Die EU und ihre Mitgliedsländer sind es gewohnt, mit Heterogenität umzugehen, Ausnahmen zuzulassen und pragmatische Vereinbarungen zu treffen», schrieb Straumann in der «NZZ am Sonntag».

Das Online-Dossier der «Schweizer Revue» zum Thema Schweiz–Europa:
<http://revue.link/europadossier>

Dort ist auch die ausführliche Stellungnahme der Auslandschweizer-Organisation zu finden.



Schweizer Stimmvolk bremst den grünen Trend

Die Schweiz kommt vom bisherigen Klimakurs ab. Nach dem Nein des Stimmvolks zum verschärften CO₂-Gesetz sind die Ziele des Pariser Klima-Abkommens noch schwieriger zu erreichen.

THEODORA PETER

Eigentlich handelte es sich beim CO₂-Gesetz um einen gutschweizerischen Kompromiss, der nach der grünen Welle bei den nationalen Wahlen breit abgestützt schien. Trotzdem legte das Stimmvolk am 13. Juni mit 51,6 Prozent Nein das Veto ein gegen die geplanten Massnahmen zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen. Eine knappe Mehrheit war offenbar nicht bereit, für Flugtickets oder Benzin tiefer ins Portemonnaie zu greifen. Widerstand kam aber auch von Teilen der Klimajugend, denen die Massnahmen im Kampf gegen die globale Klimaerwärmung zu wenig weit gingen. Gescheitert ist das CO₂-Gesetz nicht zuletzt daran, dass es der FDP nicht gelang, ihre liberale Wählerbasis von einem Ja zu Lenkungsabgaben und staatlichen Eingriffen zu überzeugen. FDP-Präsidentin Petra Gössi,

die den grünen Kurs der Partei massgeblich geprägt hatte (siehe «Revue» 5/2020), gab am Tag nach dem Abstimmungssonntag ihren Rücktritt bekannt, wies aber einen Zusammenhang mit dem Resultat von sich.

Vor einem Scherbenhaufen steht auch Umweltministerin Simonetta Sommaruga (SP). «Die Vorlage war vermutlich überladen und bot dadurch viele Angriffsflächen», erklärte die Bundesrätin nach dem Urnengang. Den Volksentscheid interpretierte die Bundesrätin aber nicht als grundsätzliches Nein zu mehr Klimaschutz. Trotzdem werde es nun «sehr schwierig», die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Die Schweiz hat sich dazu verpflichtet, den Ausstoss schädlicher Treibhausgase bis 2030 zu halbieren und bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. «Ohne zusätzliche Massnahmen wird das

kaum möglich sein», sagte Sommaruga. Kurzfristig setzt die Umweltministerin auf die im Abstimmungskampf nicht bestrittenen Instrumente, darunter zum Beispiel die Befreiung von Unternehmen von der CO₂-Abgabe, wenn sie in klimaschonende Lösungen investieren

Hoffnung auf Gletscherinitiative

Die Abstimmungsverlierer setzen ihre Hoffnung nun auf die Gletscherinitiative. Das bereits im November 2019 eingereichte Volksbegehren will die Klimaziele des Pariser Übereinkommens in der Verfassung festschreiben und den Einsatz fossiler Energien wie Erdgas, Erdöl und Kohle verbieten. Hinter der Initiative stehen nebst Umweltorganisationen Vertreter aller Parteien ausser der SVP, die das CO₂-Gesetz bekämpft hatte.

Mit der Initiative und einem allfälligen Gegenvorschlag wird sich in den nächsten Monaten zunächst das Parlament befassen, bevor sich das Volk zum Anliegen äussern kann. Weiter hat der Bundesrat eine Vorlage zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien in Aussicht gestellt.

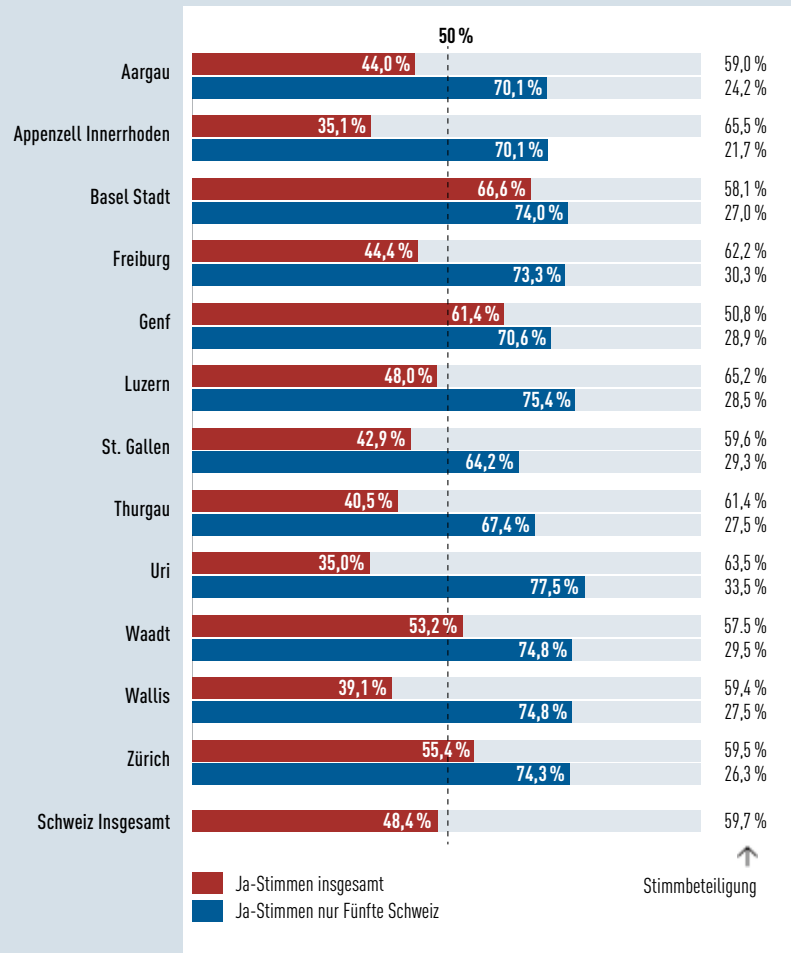
Linksgrüne Parteien und die Klimabewegung wollen die Banken und Versicherungen ins Visier nehmen. Schliesslich sei der Finanzsektor durch umweltschädliche Investitionen einer der grössten Verursacher der Klimakrise. Ob dazu eine Volksinitiative lanciert wird, war bei Redaktionsschluss noch offen. Die Jungen Grünen suchen ihrerseits Mitstreiter für eine «Umweltverantwortungsinitiative» zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen des Planeten. Bis

Die Proteste junger Klimaaktivisten (wie hier in Bern) vermochte die Mehrheit der Stimmenden nicht zu bewegen: Sie bodigte mit dem CO₂-Gesetz das bislang wichtigste Element der Schweizer Klimapolitik.

Foto Marc Lettau



Klares Klima-Ja der Fünften Schweiz



Im Gegensatz zum inländischen Stimmvolk stellten sich die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer deutlich hinter das CO₂-Gesetz. In zehn von zwölf Kantonen, die die Stimmen aus der Fünften Schweiz überhaupt separat ausweisen, stimmten die Auslandschweizerinnen und -schweizer zu über 70 Prozent für das CO₂-Gesetz (siehe auch Tabelle). Im Kanton Uri, wo die Vorlage mit lediglich 35,0 Prozent Zustimmung besonders deutlich durchfiel, sorgten die Stimmenden aus der Fünften Schweiz mit 77,5 Prozent Ja zum Gesetz für einen Rekordwert.

Zum Versand des Stimmmaterials führte der Bund beim Urnengang vom 13. Juni eine Erhebung bei rund 1600 Auslandschweizerinnen und -schweizern in Australien, Brasilien und Thailand durch. Um alternative Versandwege zu testen, hatte die Hälfte der befragten Stimmberechtigten die Unterlagen via Botschaft vor Ort, die andere Hälfte via üblichem Postversand erhalten. Die Resultate des Versuchs und die Erkenntnisse aus der Umfrage lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. (TP)

solche direktdemokratischen Instrumente greifen, geht aber viel wertvolle Zeit verloren.

Weltweit gehörte die Schweiz bislang zu den Ländern, die beim Klimaschutz schon einiges erreicht haben. Im jährlich publizierten Klimarating «Climate Change Performance Index»

war das Land Ende 2020 um zwei Plätze auf Rang 14 vorgerückt. Mit dem Scheitern des CO₂-Gesetzes haben die Ambitionen der Schweiz im Kampf gegen den Klimawandel einen herben Dämpfer erlitten.

<https://gletscher-initiative.ch>

Alle übrigen Abstimmungsresultate vom 13. Juni im Überblick:

Doppeltes Nein zu Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen

Die Verwendung von synthetischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft wird nicht verboten. Das Stimmvolk verwarf sowohl die Trinkwasser- wie auch die Pestizid-Initiative mit je rund 61 Prozent Nein deutlich. Besonders hoch war die Ablehnung in ländlichen Gebieten. Die Stimmenden aus der Fünften Schweiz nahmen beide Initiativen an.

Ja zum Anti-Terror-Gesetz

Die Polizei erhält mehr Kompetenzen, um präventiv gegen sogenannte Gefährder vorzugehen. Rund 57 Prozent der Stimmberechtigten unterstützten das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus.

Ja zum Covid-19-Gesetz

Die Stimmberechtigten stellen sich hinter die Corona-Politik des Bundes. 60 Prozent nahmen das Covid-19-Gesetz an der Urne an. Das Gesetz ist bis Ende Jahr befristet und regelt unter anderem die Unterstützung für die von der Krise betroffenen Firmen und Freischaffenden.



Darum geht es bei der «Ehe für alle» unter anderem: Kinder von Regenbogenfamilien sollen besser abgesichert werden.

Foto Keystone

Regenbogenfamilien sind längst Alltag – Jetzt hoffen sie auf mehr Anerkennung

Den sogenannten Regenbogenfamilien wird in der Schweiz zunehmend tolerant begegnet. Ihnen naht jetzt eine wichtige Weichenstellung: Am 26. September entscheiden die Stimmberechtigten, ob homosexuelle Menschen künftig heiraten können.

EVELINE RUTZ

Familien, die nicht dem traditionellen Modell entsprechen, leben in der Schweiz offener als noch vor zehn, zwanzig Jahren. Gleichgeschlechtliche Paare erfüllen sich ihren Kinderwunsch. Lesben und Schwule, die zuerst einem konventionellen Lebensentwurf folgten, outen sich und binden sich neu. Die reformierte Kirche erteilt Frauen- und Männerpaaren den Segen. Sogar einzelne katholische Seelsorger gehen diesen Weg, ganz im Widerspruch zur offiziellen Haltung ihrer Kirche. «Die Gesellschaft hat sich deutlich gewandelt», sagt Maria von Känel, Geschäftsführerin des Dachverbandes Regenbogenfamilien und Co-Präsidentin des Komitees «Ehe für alle». Dank der zunehmenden Akzeptanz seien Regenbogenfamilien im Alltag sichtbar geworden. Ihre Bedürfnisse würden mittlerweile auch in konservativen Kreisen wahrgenommen.

Was die rechtliche Anerkennung diverser Lebensformen betrifft, ist die Schweiz gemächlich unterwegs. 2007 hat sie die eingetragene Partnerschaft eingeführt, 2018 die

Stiefkindadoption. Nun wollen Bundesrat und Parlament mit der «Ehe für alle» einen weiteren Schritt tun. Schwule und Lesben sollen künftig heiraten können. Sie sollen unter anderem bei der Einbürgerung, beim Erben, in der Altersvorsorge und bei Besuchen im Spital heterosexuellen Eheleuten gleichgestellt werden. Sie sollen ihren Zivilstand auf Formularen künftig als «verheiratet» angeben können.

Verheiratete Frauenpaare sollen zudem die Möglichkeit erhalten, in der Schweiz eine Samenspende in Anspruch zu nehmen. Ihre Kinder sollen ab Geburt die gleichen Rechte haben wie der Nachwuchs aus heterosexuellen Ehen. «Die Familien mit zwei Müttern sind da, sie sind mitten in unserer Gesellschaft und sie sind gleichwertig», sagt GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy, welche die Gesetzesänderung 2013 angestossen hat. Die Vorlage, die am 26. September zur Abstimmung gelangt, wirke wie aus der Zeit gefallen. Tatsächlich haben 28 andere Staaten die Ehe bereits für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Die Niederlande machte 2001 den Anfang.

Steiniger Weg durchs Parlament

In der Schweiz kam das Begehren vor über 20 Jahren erstmals aufs politische Parkett. Aber erst 2020 bekannten sich National- und Ständerat klar für die «Ehe für alle». Dass es zu diesem «Meilenstein» und «unglaublichen Fortschritt» kam – wie die Befürwortenden jubelten –, ist auch auf die neue Zusammensetzung des Parlaments zurückzuführen. Die gesellschaftsliberalen Kräfte hatten in den Wahlen 2019 deutlich zugelegt.

Die Schweiz habe Mühe mit gesellschaftlichen Reformen, sagt Kathrin Bertschy: «So vorteilhaft unsere Demokratie sein mag, schützt sie doch vor überhasteten Entscheidungen, so schwer tut sie sich damit, gesellschaftlichen Wandel rechtzeitig in die Gesetzgebung zu integrieren.»

Konservativen Kreisen geht der Entscheid des Parlaments zu weit. Sie haben mehr als 60 000 Unterschriften zusammengetragen, damit das Volk das letzte Wort erhält. Sie argumentieren teilweise religiös: In der Bibel sei die Ehe ausschliesslich für heterosexuelle Paare vorgesehen. Sie sei die natürliche Lebensgemeinschaft, aus der Kinder hervorgehen. Am meisten stört die Gegnerschaft der Zugang zur Samenspende. Den so gezeugten Kindern werde der Vater vorsätzlich verwehrt, kritisiert sie. Das Kindeswohl leide. Zudem seien weitergehende Forderungen, wie die Eizellenspende oder Leihmutterchaft, zu befürchten. «Das geht einfach viel zu weit», sagt Marianne Streiff, die bis im Juni dieses Jahres Parteipräsidentin der EVP war.

Das Ja-Komitee widerspricht. Von einer Salomitaktik könne keine Rede sein. Ziel sei die Gleichberechtigung, die gemäss Verfassung jedem Menschen unabhängig von seiner Lebensform zustehe. Die Befürworterinnen und Befürworter verweisen darauf, dass Kinder die Identität des Samenspenders erfahren können, sobald sie 18 Jahre alt sind. Die Eizellenspende und Leihmutterchaft sind nicht Teil der Vorlage: Sie bleiben in der Schweiz verboten.

«Ein Ideal, das nicht mehr zu retten ist»

Neue Familienformen seien längst Alltag, sagt Yv E. Nay von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Studien zeigten einstimmig, dass für das Wohlergehen der Kinder nicht die sexuelle Präferenz der Eltern, sondern die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend seien. Nay beobachtet, dass in politischen Auseinandersetzungen um die Rechte der LGBTQ mit Kindern traditionelle Bilder heraufbeschworen werden, die mit der gelebten Realität von Regenbogenfamilien wenig zu tun haben. «Es wird immer noch an einem Ideal festgehalten, das eigentlich nicht mehr zu retten ist und das als solches, wenn überhaupt, dann nur sehr kurze Zeit existierte.»

Lesbische Paare, die eine Familie gründen, sollen mit der «Ehe für alle» Elternrechte ab Geburt erhalten. Zurzeit



Yv E. Nay sagt, punkto Familienbild werde «an einem Ideal festgehalten, das nicht mehr zu retten ist».

Foto Keystone



Kathrin Bertschy: «Die Familien mit zwei Müttern sind da. Sie sind mitten in unserer Gesellschaft.»

Foto Keystone



Maria von Känel: «Die Gesellschaft hat sich deutlich gewandelt. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine Gleichstellung.»

Foto Keystone



Marianne Streiff befürchtet Forderungen wie Leihmutterchaft oder Eizellenspenden: «Das geht einfach viel zu weit.»

Foto Keystone

Die «99-Prozent-Initiative»

Soll Kapitaleinkommen stärker besteuert werden? Um diese Frage geht es bei der sogenannten «99-Prozent-Initiative» der Jungsozialisten, über die das Volk ebenfalls am 26. September entscheiden wird. Die Initiative mit dem offiziellen Namen «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» sieht vor, dass Kapitalerträge wie Zinsen, Mieterträge oder Dividenden eineinhalbmal so stark besteuert werden wie Lohnneinkommen. Der Gesetzgeber soll allerdings einen jährlichen Freibetrag festlegen. Die Initianten denken dabei an 100 000 Franken. Mit den Mehreinnahmen sollen Personen entlastet werden, die wenig verdienen. Aber auch die soziale Wohlfahrt – Bereiche wie Bildung und Gesundheit – soll profitieren. (ERU)

wird nur die leibliche Mutter als solche anerkannt. Ihre Partnerin kann zwar eine Stiefkindadoption beantragen. Diese kann aber frühestens ein Jahr nach der Geburt des Kindes eingeleitet werden. Tatsächlich dauern solche Verfahren oft mehrere Jahre. «In dieser Zeit sind die betroffenen Kinder unzureichend abgesichert», gibt Maria von Känel zu bedenken. Die neue Gesetzesvorlage schaffe Rechtsgleichheit und nehme den Betroffenen einen grossen Leidensdruck. Sie gestehe homosexuellen Menschen viele weitere Grundrechte zu, die mit der eingetragenen Partnerschaft nicht abgedeckt würden: «Daher braucht es die «Ehe für alle» unbedingt.»

Zunehmende Akzeptanz

Die Chancen für ein klares Ja zur «Ehe für alle» an der Urne stehen gut. Dass diverse Familienformen gesellschaftlich zunehmend akzeptiert sind, belegt die vom Bund herausgegebene «Erhebung zu Familien und Generationen 2018». 58 Prozent der Frauen und 43 Prozent der Männer finden, dass ein Kind auch bei einem gleichgeschlechtlichen Paar glücklich aufwachsen kann. Mehr als die Hälfte der Befragten (65 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer) sind der Meinung, dass homosexuelle Paare die gleichen Rechte haben sollten wie heterosexuelle. Eine Umfrage, welche das Meinungsforschungsinstitut GFS im Auftrag der Schwulen-Organisation pink cross durchgeführt hat, dokumentiert ebenfalls eine breite Akzeptanz. 63 Prozent der Teilnehmenden antworteten auf die Frage, ob sie für die «Ehe für alle» seien, mit «Ja», 18 Prozent mit «eher Ja». «Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine Gleichstellung», ist Maria von Känel überzeugt.

Das im Text verwendete Kürzel LGBTQ steht für: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen und Queers, sprich Geschlechts-Uneindeutige.

Corona soll dem Pflegepersonal mehr bringen als Applaus

In der Pandemie wurden sie als Heldinnen und Helden gefeiert, doch sie laufen schon länger am Limit: die Pflegefachpersonen in der Schweiz. Das Parlament sieht Verbesserungen vor, die der Pflege allerdings nicht genügen. Jetzt entscheidet das Volk über die Pflegeinitiative.

SUSANNE WENGER

Die Schweiz im Spätfrühling 2021: Die Infektionszahlen gingen zurück, Gartenrestaurants und Fitnesszentren machten wieder auf, die Impfkampagne kam voran. Von Covid-19 mochten viele nichts mehr hören. In den Spitälern gab es jedoch immer noch die andere Realität. Nach wie vor kämpfte das Gesundheitspersonal um das Leben von schwer Erkrankten. Vor allem Jüngere lagen in der dritten Welle auf den Intensivstationen. «Das forderte das Pflegepersonal nochmals in besonderem Mass», blickt Yvonne Ribi zurück. Sie ist die Geschäftsführerin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und -männer (SBK).

Fast anderthalb Jahre habe das Pflegepersonal «das Maximum gegeben, in den Spitälern wie auch in den Pflegeheimen», sagt Ribi. Jetzt sei es erschöpft, «körperlich, psychisch, emotional». Der Rieseneffort des Gesundheitspersonals wurde in der Bevölkerung dankbar registriert. Landauf, landab klatschten die Leute an einem Märztag 2020 auf den Balkonen. Mit der breiten öffentlichen Anerkennung erhielten auch die Anliegen des Pflegepersonals vermehrte Aufmerksamkeit. Denn die grösste Berufsgruppe im Schweizer Gesundheitswesen weist schon seit Jahren auf problematische Arbeitsbedingungen hin.

Kritik am hohen Druck

Dass ihre durchschnittlichen Monatslöhne seit Jahren kaum steigen, ist nur ein Kritikpunkt. Vor allem macht den Pflegefachpersonen der Druck im Berufsalltag zu schaffen. Für die richtige Pflege der Spitalpatienten und Heimbewohnerinnen fehle die Zeit, sagen sie. Nun ist natürlich klar, dass Berufsgruppen für ihre Interessen eintreten. Die Gesundheitskosten in der Schweiz steigen, der wirtschaftliche Druck auf die Institutionen nimmt zu. Und die Pflege, die so sehr mit Menschen arbeitet, ist punkto Ökonomisierung sensibel. Im europäischen Vergleich steht die Schweizer Pflege freilich nicht schlecht da, etwa was die Anzahl

Pflegefachpersonen pro tausend Einwohner betrifft. Trotzdem lassen sich die Klagen untermauern.

Es herrscht ein Mangel an Pflegefachkräften im Land. Tausende Stellen bleiben unbesetzt, die Teams müssen sich arrangieren. Mit der wachsenden Zahl älterer Menschen und der Zunahme chronischer Erkrankungen dürfte sich die Situation noch verschärfen. Ohne Gegenmassnahmen fehlen der Schweiz bis 2030 gemäss einem Expertenbericht 65 000 Pflegepersonen auf allen Ausbildungsstufen. Dies auch, weil die Schweiz derzeit nur etwa die Hälfte der künftig benötigten Pflegepersonen ausbildet. Viel Personal wird im Ausland rekrutiert, das dann vor Ort fehlt.

Viele steigen aus

Pflegefachpersonen empfinden ihre Arbeit als sinnstiftend. Doch Anforderungen und Schichtarbeit zehren an den Kräften. Über 40 Prozent der Pflegepersonen in der Schweiz steigen aus dem Beruf aus, viele davon schon in jüngeren Jahren, wie das Gesundheitsobservatorium Obsan in einem Bericht erhob. Die Ausstiegsquote in der Pflege ist höher als bei anderen Gesundheitsberufen. Gegensteuer soll die 2017 eingereichte Initiative «für eine starke Pflege» geben. Das Volksbegehren war vom Berufsverband SBK lanciert worden, dem damit die grösste Mobilisierung seiner Geschichte gelang. Die Pflegeinitiative fordert eine Ausbildungsoffensive, die Sicherung der Pflegequalität durch mehr Personal, faire Arbeitsbedingungen und eine Aufwertung des Pflegeberufs.

Bundesrat und Parlament geht die Initiative zu weit. Regelungen für einzelne Berufsgruppen gehörten nicht in die Bundesverfassung, wird argumentiert. Die Arbeitsbedingungen seien Sache der Kantone und der Sozialpartner. Unter dem Eindruck der Pandemie nahm das Parlament jetzt aber doch noch einen Teil der Anliegen in einem indirekten Gegenvorschlag auf. So wollen Bund und Kantone fast eine Milliarde Franken aufwerfen, damit in der Schweiz mehr diplomiertes Pflegepersonal ausgebildet wird. Und neu dürfen Pflegefachpersonen gewisse Leistungen direkt mit der Krankenversicherung abrechnen.

Pflege erhält mehr Kompetenzen

Damit verschwindet ein gesetzlicher Anachronismus: Pflegefachpersonen können in der Schweiz zwar einen Master-Abschluss erlangen und tragen im Berufsalltag viel Verantwortung. Bis heute müssen ihre Leistungen aber

via Arzt verordnet werden, damit die Krankenkasse zahlt. Nun erhält der Pflegeberuf mehr Kompetenzen. Die Mehrheit in beiden Parlamentskammern war sich einig: Die Politik muss etwas tun, um den Fachkräftemangel zu beheben. Es gebe Hinweise, dass die Berufsausstiegsquote nach der Pandemie noch zunehme, sagte die Tessiner SP-Ständerätin und Ärztin Marina Carobbio: «Die immensen Belastungen hatten einen grossen Einfluss auf die Gesundheit der Pflegefachpersonen.»

Initianten gehen aufs Ganze

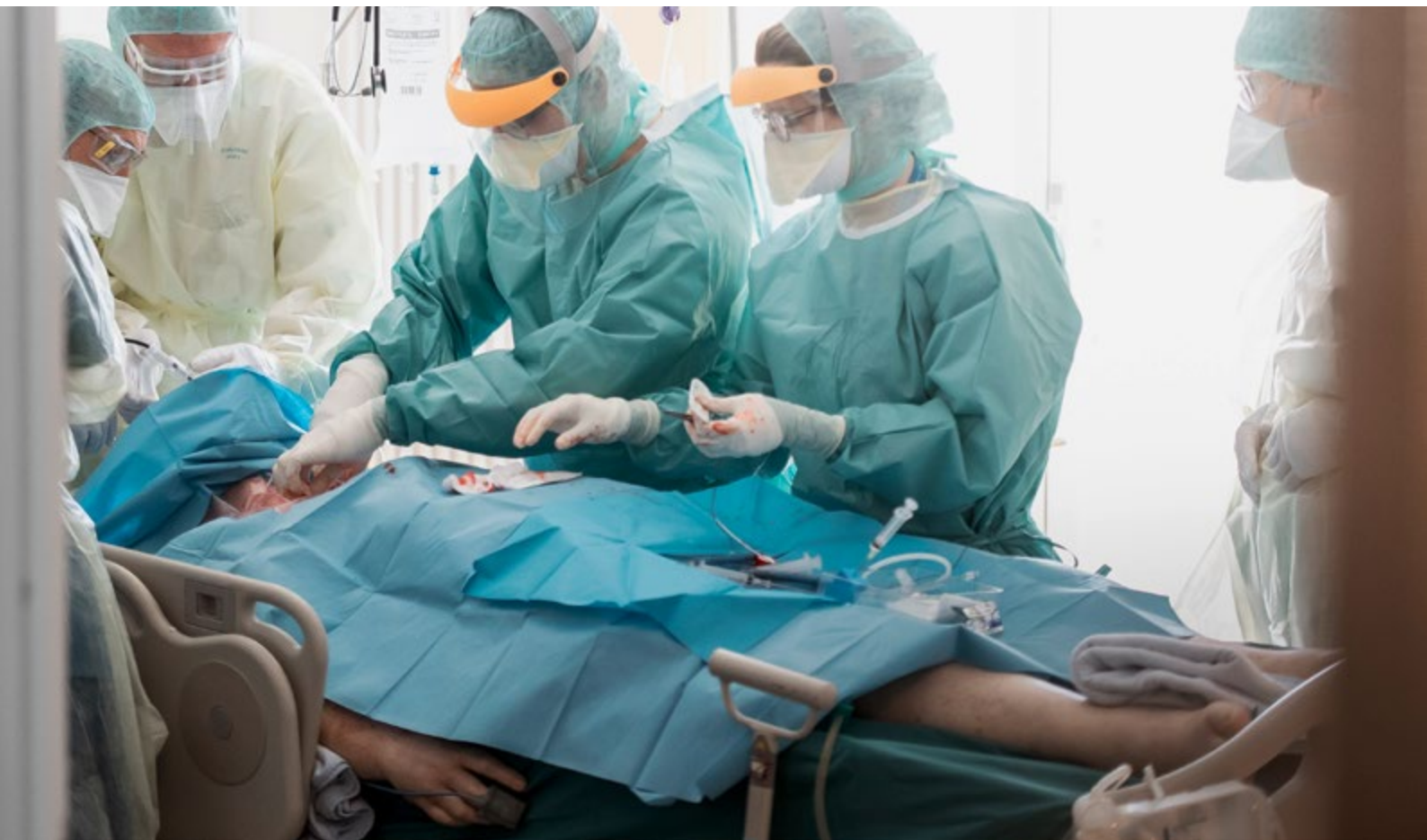
Mit dem Gegenvorschlag haben die Urheberinnen und Urheber der Pflegeinitiative viel erreicht. Trotzdem halten sie an der Initiative fest, wie sie vor den Sommerferien beschlossen. Diese kommt am 28. November vors Volk. Die Initianten beharren auf den Punkten, die vom Parlament nicht berücksichtigt wurden, vor allem auf einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es brauche verbindliche Vorgaben, wie viele Patienten eine Pflegefachkraft pro Schicht maximal betreuen soll.

Pflegevertreterin Yvonne Ribi sagt: «Was nützt eine Ausbildungsoffensive, wenn so viele aus dem Beruf aussteigen?» Es brauche den Bund, weil es auch um die Finanzierungsmechanismen im Schweizer Gesundheitssystem gehe. Da werde die Pflege zu wenig abgegolten. Höhere Abgeltungen wünschen sich zwar auch die Gesundheitsinstitutionen. Dennoch ziehen sie den indirekten Gegenvorschlag vor. Stimmt Volk und Stände der Initiative zu, gehe der parlamentarische Prozess von vorne los, und die dringenden Massnahmen gegen den Fachkräftemangel verzögerten sich um Jahre: Das schreiben die Verbände der Spitäler, Pflegeheime und Spitex in einer gemeinsamen Reaktion.

Wird die Initiative an der Urne abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag in Kraft. Auch der Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, der Basler Regierungsrat Lukas Engelberger (Die Mitte), verteidigt den Kompromiss. Personalschlüssel in den Betrieben könnten nicht von oben vorgegeben werden, zudem drohten hohe Kosten. Fest steht: Das Schweizer Pflegepersonal zählt jetzt auf die Unterstützung der Bevölkerung. Die Chancen stehen gut – nicht zuletzt wegen der Jahrhundertkrise Corona.

Pflegende im Tessiner Kantonsspital La Carita umsorgen einen Corona-Patienten.

Nach Monaten der dauernden Anspannung ist das Pflegepersonal körperlich, psychisch, emotional erschöpft. Foto Keystone

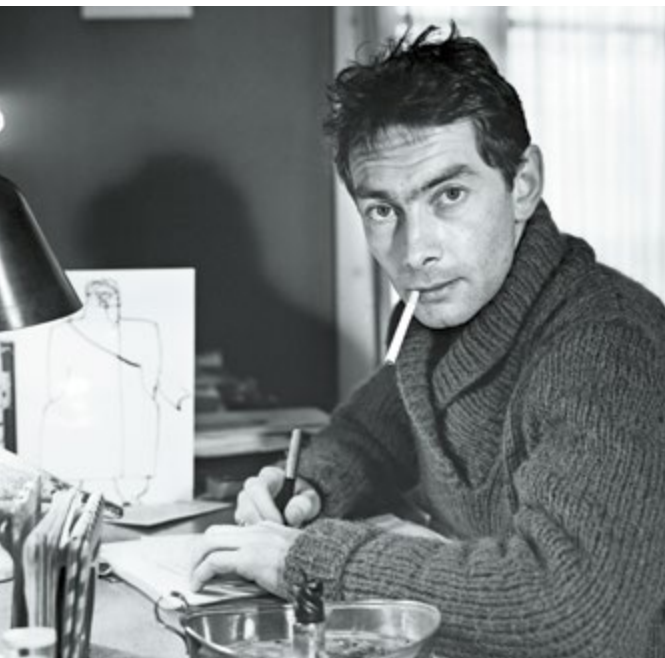


Im Topolino nach Japan und Afghanistan

Während einer Reise in einem alten Auto entwickelte Nicolas Bouvier 1953 bis 1957 seine noch heute faszinierende neue Erfahrung von Welt.

CHARLES LINSMAYER

Es gibt zwei Schweizer, zu denen wie ein poetisch-mechanisches Markenzeichen das Mäuschen, der «Topolino», jener von 1936 bis 1955 hergestellte Kleinwagen von Fiat gehörte: Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler (1888–1962), dem es mit unerfindlichem Geschick gelang, seine massige Gestalt in das winzige Fahrzeug hineinzupressen, das



heute im Verkehrsmuseum Luzern ausgestellt ist, und der am 6. März 1929 in Grand-Lancy bei Genf geborene und am 17. Februar 1998 in Genf gestorbene Nicolas Bouvier, der im Sommer 1953 zusammen mit seinem Malerfreund Thierry Vernet in seinem Topolino Richtung Asien aufbrach, um auf eine ganz neue, neugierig-offene, zu allen Abenteuern bereite, aber auch philosophisch-nachhaltige Weise die Welt zu befahren.

Einladung zur Leichtigkeit

Nichtstun war ihre bevorzugte Tätigkeit, sie hatten zwei Jahre Zeit vor sich und Geld für vier Monate, und auf dem Reiseplan standen die Türkei, Iran, Indien und Japan, Wüsten, Pässe, Städte, Märkte und die Natur in ihrer Unerbittlichkeit. Bouvier war schon in Lappland, Nordafrika und auf dem Balkan gewesen. Nun aber näherte er sich dem

Unbekannten mit einem neuen Blick und einer Zuwendung zu Menschen und Dingen, die nur einer haben konnte, der davon ausging, dass Reisen eine «unaufhörliche Einladung zur Leichtigkeit, eine sichere und sanfte Einübung in die Transparenz und in die Überwindung des eigenen Ich» sei.

Neue Art der Reisebeschreibung

Der erste Teil der Fahrt, von Belgrad nach Kabul, sollte Bouvier 1963 in seinem Buch «L'usage du monde» («Die Erfahrung der Welt») beschreiben, eine Reise, die die Freunde dadurch finanzierten, dass Vernet seine Bilder verkaufte, während Bouvier für Zeitungen berichtete. Erstmals kommt in dem Buch Bouviers unverwechselbare Art der Reisebeschreibung zum Tragen. Er führt, einzigartig im Ton, in der Wortwahl, im Rhythmus, stets ins Zentrum einer Sache, eines Orts, eines Menschen hinein, immer um Menschlichkeit in einer an sich unmenschlichen Welt bemüht. Und es führt die Erzählung nicht nur in das fremde Land, sondern auch in die innere Welt des Beobachters, die von einer subtilen Herzensbildung und einem grossen Wissen bestimmt ist.

Nach anderthalb Jahren trennten sich die Freunde und Bouvier reiste allein über Indien nach China und schliesslich nach Ceylon, dem heutigen Sri Lanka, wo er neun Monate blieb. In «Le poisson-scorpion» («Der Skorpionsfisch») sollte er 1982 schildern, wie er vom feucht-heissen Klima geschwächt wurde, wie sich aber auch seine Sinne schärften für die Faszination und den Schrecken der Insel, deren Schatten- und Insektenwelt er zu erfassen suchte. Im Oktober 1955 verliess er Ceylon und erreichte auf einem französischen Dampfer Japan, wo er wiederum ein Jahr blieb und sich der Stoff sammelte, den er 1970 in seiner «Chronique japonaise» ausbreiten würde.



«Man reist nicht, um sich wie einen Christbaum mit Exotik und Anekdoten zu schmücken, aber damit die Strasse einen rupft, ausspült, auswindet wie jene vom Waschen fadenscheinig gewordenen Handtücher, welche mit einem Seifensplitter in den Bordellen gereicht werden.»

(Aus Nicolas Bouvier, «Der Skorpionsfisch»
Aus dem Französischen von Barbara Erni,
Ammann-Verlag, Zürich, 2002)



An einem Tiefpunkt

Zurück in Europa und seit 1958 verheiratet mit Eliane Petitpierre, der Tochter eines Bundesrats, und bald einmal Vater von zwei Kindern, benötigte er Jahre, um die Früchte der vierjährigen Reise literarisch umzusetzen. Und bald einmal geriet der um jedes Wort ringende, um höchste Präzision bemühte Autor in jene tiefe Krise, die in seinem einzigen Gedichtband «Le Dehors et le Dedans» von 1982 gespiegelt ist und die ihn in Verzweiflung und Alkoholismus stürzte. Gerade indem er die weit zurückliegenden Momente in fernen Ländern ins Gedächtnis zurückholte, vermochte er aber den Tiefpunkt zu überwinden und wurde mit seinem ganz eigenen Zugang zu fernen Welten für viele zu einem glaubwürdigen Deuter des Daseins und einem Reiseführer ganz eigenen Zuschnitts.

«Die Süsse des Lebens kosten»

So folgten sich ab 1963 Band um Band seiner Erinnerung an jene grosse Reise von 1953 bis 1957, kamen aber auch Beschreibungen seiner weiteren Aufenthalte in Japan, Korea und China hinzu, nicht zu vergessen die eindrückliche Schilderung seines Aufenthalts auf den irischen Aran-Inseln. Bouvier, dessen Motto hiess: «Die Süsse des Lebens und die Kunst zu leben kosten, als würde man morgen sterben», hat auch nach seinem Tod im Jahre 1998 nicht aufgehört, Menschen in aller Welt dazu zu bringen, mit neugierigen, offenen Augen durch die Welt zu gehen und dem Unbekannten mit Liebe und Achtung zu begegnen. In alle Welt-sprachen übersetzt, haben seine Bücher ihren Zauber gerade auch im Zeitalter des Massentourismus nicht verloren.

Die Bücher von Nicolas Bouvier sind in vielen Ausgaben in französischer, deutscher und englischer Sprache lieferbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER
UND JOURNALIST IN ZÜRICH

Schweizer Revue / August 2021 / Nr. 4

Schweizer Zahlen

Die Kuh gewinnt, das Murmeltier scheitert

10 000

Die Schweiz kennt kein offizielles Nationaltier. Comedian Claudio Zuccolini lud deshalb zur Urabstimmung ein: als Nationaltier nominiert waren Kuh, Steinbock, Bär und Löwe. Doch plötzlich lag das gar nicht zur Wahl stehende Murmeltier mit 10 000 Stimmen Vorsprung vorn! Es hiess, Hacker hätten die Wahl manipuliert. E-Voting ist halt eine sensible Sache. Gewonnen hat am Ende mit 52 % der Stimmen klar die Kuh – und ihr Wahlsieg wurde von einem Bündner Rindfleisch-vermarkter verkündet. Da war wohl noch ganz anderes manipuliert.

330

Finden sie statt? Das definitive Schicksal der Olympischen Spiele Tokio 2021 war bei Redaktionsschluss offen. Die Statistik holen wir trotzdem hervor: Schweizer Athletinnen und Athleten haben bisher 330 Olympia-Medaillen gewonnen. Nur 1908, 1912 und 1964 gingen sie leer aus. Allfälliges Tokioter Edelmetall ist nicht mitgezählt.

37 710 400 000

37,7 Milliarden Franken betrug der Gewinn der Schweizer Nationalbank im ersten Quartal 2021. Die Bank verkündete dies sichtlich unglücklich, denn die Summe weckt Begehrlichkeiten. Ja, sie würde 248 Jahre lang fürs Salär von Fussballer Lionel Messi ausreichen, – oder um jedem und jeder in der Schweiz 4351 Franken zu überweisen.

10

Die pandemiebedingte Pflicht, zuhause zu arbeiten, wird gelockert. Gemäss Umfragen möchten nur 10 von 100 Befragten weiterhin am liebsten ausschliesslich von zu Hause aus arbeiten. Aber die Mehrheit hofft auf dauerhaft flexibleres Arbeiten – mal zuhause, mal im Büro.

2

Reiseanbieter stellten fest, dass viele Schweizer Familien heuer ihre Sommerferien doppelt buchten: Einmal am Meer, gleichzeitig in den Bergen. Die gegenwärtige Flut von Annulationen war dadurch also längst schon programmiert.

ZAHLENRECHERCHE: MARC LETTAU

«Infrage gestellt wird das Grundgefühl, mit Europa verbunden zu sein»

Er setzt sich mit Herzblut für die Erinnerung an den Holocaust ein. Und er will, dass die Fünfte Schweiz mehr politisches Gewicht erhält. Der abtretende ASO-Präsident Remo Gysin schaut zurück – und wagt den Blick in die Zukunft.

INTERVIEW: MARC LETTAU

Remo Gysin, Sie kamen kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs zur Welt. Und Sie kämpfen heute für ein Schweizer Holocaust-Memorial: Ist das Memorial-Projekt Ihr Vermächtnis?

Das Thema hat mich ein Leben lang berührt. Der Krieg und seine Folgen und die Gräueltaten des Holocaust waren in Schule und Elternhaus immer ein Thema, ein sehr schwieriges. Verstehen kann ich das damals Geschehene bis heute nicht.

Aber was genau brachte Sie dazu, Jahrzehnte nach Kriegsende die Debatte über die Holocaust-Erinnerungskultur mit einer Memorial-Idee neu zu beleben?

Den Anstoss gab die Zeitschrift «Beobachter», die das Thema 2017 auf neue Weise aufgegriffen hat. Sie hat den Fokus auf jene Menschen mit Schweizer Pass gerichtet, die zu Opfern des damaligen Schreckens wurden. Auf die Schweizer Kämpfer in der französischen Resistance. Auf Auslandsschweizerinnen und -schweizer jüdischen Glaubens. Zu Opfern wurden aber auch Frauen, die durch Heirat ihr Schweizer Bürgerrecht verloren hatten – und damit auch gleich jeden Schutz durch die Schweiz. Dies hat mich sehr berührt.

Niemand verliert heute durch Heirat sein Schweizer Bürgerrecht. Auslandsschweizerinnen und -schweizer erfahren generell mehr Schutz, mehr Anerkennung als damals. Die Gegenwart erscheint anders. Es ist keineswegs alles bestens. Wir sehen zum Beispiel, wie der Antisemi-



Remo Gysin anlässlich der Präsentation des Holocaust-Memorial-Projekts in Bern.

Foto Keystone

tismus wieder zunimmt. Und wenn Spannungen, wie jene zwischen Israel und Palästina, eskalieren, führt das zu einer erneuten Bedrohung von Auslandsschweizerinnen und -schweizern. Aber auch in anderer Hinsicht gibt es in der Fünften Schweiz neue Schutzbedürftige, zum Beispiel von Umweltkatastrophen oder von Armut Betroffene.

Die Grundlagen für ein Schweizer Holocaust-Memorial sind geschaffen. Verblassen daneben für Sie allfällige frühere Höhepunkte? Meine 20 Jahre ASO waren reich an Höhepunkten. Dazu zähle ich besonders all die persönlichen Begegnungen mit Auslandsschweizerinnen und -schweizern. Zudem hatte ich das Glück, meine Präsidentschaft gleich mit der Jubiläumsfeier «100 Jahre ASO» beginnen zu dürfen.

Ein fulminanter Einstieg ...

... gefolgt von fulminanten Etappen, etwa dem Winzerfest 2019 in Vevey mit seinem Auslandschweizertag. Auf ganz andere Art war selbst die Corona-Pandemie etwas Besonderes: Mich beeindruckte, wie rasch es uns gelang, auf ganz neue Kommunikationsformen umzustellen.

Die Vergangenheit darf man an Höhepunkten messen. Für die Zukunft sind hingegen die Herausforderungen bestimmend. Das Stichwort dazu: das Aus fürs Rahmenabkommen. Der Verhandlungsabbruch durch die Schweiz wirft viele Fragen auf. Fragen zur Zukunft der internationalen Mobilität, zur Niederlassungsfreiheit, Personenfreizügigkeit, Krankenversicherung, Sozialversicherung. Es ist eine grosse Unsicherheit entstanden.

«Beim Rahmenabkommen
hat der Bundesrat
ganz allein entschieden.
Dieses Vorgehen
tangiert den Kern unserer
Demokratie.»

Wir führen dieses Interview in Basel und fürs Erste ist rein gar nichts von Veränderung zu spüren.

Stark spürbar ist, dass eine Stadt wie Basel nicht funktionieren würde ohne all die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die unser Gesundheitswesen und praktisch jeden Wirtschaftszweig stützen. In Frage gestellt wird nun das Grundgefühl, mit Europa verbunden zu sein. Der Verhandlungsabbruch schafft keine Klarheit. Er schafft Fragen, auch weil die Lebensumstände der über 400 000 Schweizerinnen und Schweizer in der EU beim Verhandlungsabbruch unbeachtet blieben.

Sie bleiben sich treu: Schon als Nationalrat gehörten Sie zu den Kritikern der bundesrätlichen Europapolitik.

Die Schweizer Aussenpolitik ist seit je von den spannungsreichen Fragen geprägt: Was wollen wir? Und wer ist zuständig? Die Mitbestimmung des Parlaments ist in der Verfassung verankert. Hiermit ist auch verankert, dass das Volk letztlich das Sagen hat und gegebenenfalls das Referendum ergreifen kann. Jetzt aber hat der Bundesrat ganz allein entschieden. Dieses Vorgehen tangiert den Kern unserer Demokratie.

Weckt das Ihre Lust, aufs Neue für einen EU-Beitritt einzustehen?

Zumindest glaube ich, dass der Verhandlungsabbruch durch den Bundesrat den EU-Beitritt als mögliche Option wieder stärker ins Blickfeld rückt.

In so zentralen Fragen wäre die Stimme der Auslandschweizerinnen und -schweizer von Interesse. Kritiker sagen aber, das

Parlament der Fünften Schweiz, der Auslandschweizererrät (ASR), sei keine Stimme, sondern bloss ein Stimmchen.

Heute ist die ASO politisch gut vernetzt. Unser Einfluss hat zugenommen. Wir stehen in engem Austausch mit Parlamentariern und Behörden. Auch der Auslandschweizererrät repräsentiert die Fünfte Schweiz heute besser als früher. Leider muss ich aber einräumen: Am Ziel sind wir noch lange nicht. Soll die politische Bedeutung des ASR steigen, muss seine Repräsentativität verbessert werden. Wir müssen also sicherstellen, dass in Zukunft alle erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer im Ausland an den ASR-Wahlen teilnehmen können. So ist auch mein Grundverständnis von Demokratie.

Bei den ASR-Wahlen von 2025 soll erstmals flächendeckend ein E-Voting-System zum Einsatz kommen. Wäre dies der Durchbruch?

E-Voting erleichtert alles. Das gilt für eidgenössische und kantonale Abstimmungen und Wahlen. Ein eigenes E-Voting-System ist aber auch für die Wahlen in den Auslandschweizererrät von zentraler Bedeutung. Aber es braucht vor allem den Willen für eine höhere Beteiligung. Das zeigte sich in Ländern wie Australien, Mexiko oder Grossbritannien, wo die Gemeinschaft vor Ort sicherstellte, dass möglichst viele Landsleute mitbestimmen können. Das ist vorbildlich.

Welche heissen Eisen überlassen Sie Ihrem Nachfolger?

Es sind die bekannten Dauerbrenner: In der Fünften Schweiz können viele die von der Schweiz gewährten politischen Rechte nicht wahrnehmen; die Bankenpolitik schafft Probleme; und der innenpolitische Druck auf die Auslandschweizerinnen und -schweizer wird nicht kleiner.

Im Klartext: Im Parlament werden Stimmen laut, die Bürgerrechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer einzuschränken.

Genau. Will man aber deren Bürgerrechte neu aushandeln, würde ich eine ganz andere Richtung einschlagen: Warum nicht doch einen eigenen Wahlkreis für die Fünfte Schweiz schaffen? Sie wäre damit erstens besser vertreten und zweitens viel sichtbarer. Vor allem ist aber zu beachten, dass sich das Mobilitätsverhalten geändert hat: Auslandsaufenthalte werden tendenziell kürzer. Man kommt und geht. Das ist ein starkes Argument gegen die Einschränkung der politischen Mitspracherechte der im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer. Unsere politisch interessierten Landsleute im Ausland tragen letztlich entscheidend zum Bild der offenen, vernetzten, zukunftsfähigen, weltzugewandten Schweiz bei.

Was wäre die Schweiz ohne die Fünfte Schweiz?

Nur noch eine halbe Portion!

Remo Gysin, *1945, langjähriger SP-Politiker, gehört seit 2001 dem Vorstand der ASO an. Seit 2015 präsidiert er diesen. Auf Ende August 2021 tritt er von diesem Amt zurück.

Lager leiten mit Kopf, Herz und Hand

Junge führen Junge: Das ist in den meisten Schweizer Kinder- und Jugendferienlagern der Normalfall. Deshalb werden junge Menschen in der Schweiz in einer gezielten Ausbildung auf diese Rolle vorbereitet.

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Zwischen Juli und August brennen abends schweizweit Hunderte von Lagerfeuern. Denn: Sommerzeit ist in der Schweiz auch Ferienlagerzeit. Zahlreiche Kinder- und Jugendorganisationen führen Zelt-, Velo- oder Wanderlager durch oder belegen eine Gruppenunterkunft. Zu den Anbietern von Lagern zählt seit Jahren auch der Jugenddienst der Auslandschweizer-Organisation (ASO): Er richtet sich mit seinen Camps an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter ab 15 Jahren. Das Ziel ist, unvergessliche Ferien in der zweiten Heimat zu bieten und den Kontakt zur Schweiz zu vertiefen.

Und die jüngsten, Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren, spricht mit ihren jährlich neun Lagern die Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS) an. Das Ziel dieser Lager ermöglicht Auslandschweizer Kindern ihr Heimatland entweder erstmals – oder noch besser – kennenzulernen. Während der Lager werden Sehenswürdigkeiten besichtigt, Seen, Berge, Flüsse und Landschaften entdeckt, kleine Wanderungen unternommen – oder es wird gespielt, Sport getrieben, gebastelt und gezeichnet.

Dank Jugenddienst und SJAS finden jedes Jahr rund 400 Kinder und Jugendliche den Weg in die Schweiz.

Ferienlagerleben ist Sportförderung

Die Ferienangebote für junge Menschen aus der Fünften Schweiz reichen sich damit in eine ganze Palette an Ferienlagern in der Schweiz ein, die gleichzeitig Teil des nationalen Sportförderprogramms Jugend und Sport (J+S) sind. Jugend und Sport ist das grösste Sport- und Bewegungsförderungsprogramm des Bundes. Jährlich finden 80 000 Sportkurse oder Lager mit rund 637 000 Kindern und Jugendlichen statt. Bund und Kantone bilden angehende J+S-Leiterinnen und -Leiter in verschiedenen Sportarten und für die Führung von Lagern aus.

Die Leiterinnen und Leiter der Kinder- und Jugendverbände wie etwa der Pfadibewegung Schweiz absolvieren ihre Leiterkurse in der Sportart Lagersport/Trekking. Die Leiterinnen und Leiter von SJAS



und ASO-Jugenddienst sind häufig bereits in Jugendverbänden aktiv und bringen deshalb diese Ausbildung schon mit. Gleichzeitig bietet SJAS in Zusammenarbeit mit dem Jugenddienst jährlich einen J+S-Leitendenausbildungskurs an für jene, die noch keinen absolviert haben.

Die künftigen Lagerleiterinnen und -leiter durchlaufen während der Ausbildung verschiedene Stufen und übernehmen so Schritt für Schritt immer mehr Verantwortung. In den Kursen lernen sie, Aktivitäten zu planen und durchzuführen, erfahren, wie man mit Kindern und Jugendlichen umgeht, sie anleitet und nachhaltige Erlebnisse schafft. Die Leitenden werden dabei vor allem auch in der Durchführung von Outdooraktivitäten geschult und dabei sensibilisiert auf die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen

«In der Ausbildung wird ihnen vermittelt, wie sie Risiken minimieren können und was zu tun ist, wenn trotz bestmöglicher Vorbereitung dennoch etwas passiert», sagt Marco Gyger, Leiter Ausbildung Lagersport/Trekking beim Bundesamt für Sport.

Eine besondere Sportart

Die Sportart Lagersport/Trekking bezeichnet Marco Gyger als «besondere Sportart, auf die ich stolz bin». Denn: «In dieser Sportart steht nicht die sportliche Leistung im Vordergrund, sondern wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz.» Kopf, Herz und Hand werden gleichermaßen berücksichtigt.

Nachwuchsprobleme gibt es in der Sportart Lagersport/Trekking übrigens kaum: SJAS und Jugenddienst finden jedes Jahr genügend Leitungspersonen, und zwar durch Mund-zu-Mund Propaganda. Darunter sind viele, die bereits in Jugendverbänden aktiv als Leitende engagiert sind und deshalb die Leiterausstellung bereits durchlaufen haben. Die Leitenden müssen zwischen 18 und 30 Jahre alt sein und sich einem Bewerbungsverfahren stellen. Dreiviertel der männlichen Leitenden sind Zivildienstleistende. Viele der Leitenden sind Studentinnen oder Studenten, namentlich der Pädagogischen Hochschule, und werden später also als Lehrerin oder Lehrer arbeiten.

Auslandschweizer-Organisation
Alpenstrasse 26
CH-3006 Bern
Tel. +41 31 356 61 00
Fax +41 31 356 61 01
info@swisscommunity.org

www.revue.ch
www.swisscommunity.org



Unsere Partner:

educationsuisse
Tel. +41 31 356 61 04
Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



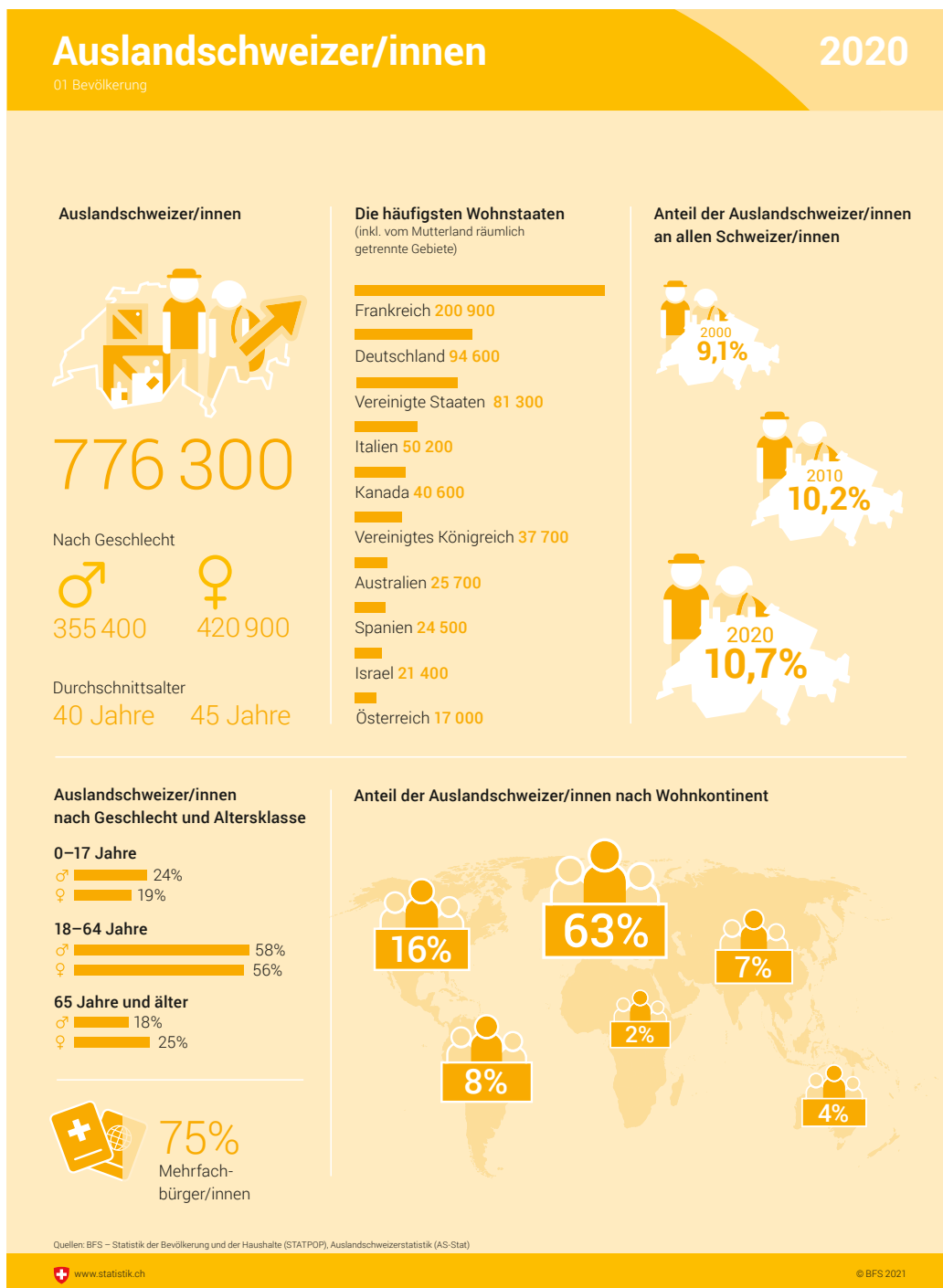
Stiftung für junge Auslandschweizer
Tel. +41 31 356 61 16
Fax +41 31 356 61 01
info@sjas
www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundazion per giuven svizzers a l'ester

In der Fünften Schweiz ist ein Fünftel jünger als 18-jährig

Ende 2020 lebten 776 300 Schweizerinnen und Schweizer im Ausland. Die Fünfte Schweiz ist somit heute bevölkerungsmässig etwa so gross wie der Kanton Waadt. Der in dieser «Revue» gewählte Fokus auf die Jugend lässt sich auch beim Blick in die neuste Auslandschweizerstatistik anwenden: 21 Prozent der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind unter 18 Jahre alt.



Die Zahl der im Ausland lebenden und bei einer Schweizer Vertretung registrierten Schweizerinnen und Schweizer ist 2020 gestiegen, und zwar um 0,7 Prozent auf 776 300 Personen. Aus der vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Erhebung geht weiter hervor, dass 163 800 von ihnen jünger als 18 Jahre alt sind, ganz leicht mehr als im Vorjahr. Die Kinder und Jugendlichen machen somit gut einen Fünftel der Fünften Schweiz aus. Beim Blick auf die junge Generation der Auslandschweizerinnen und -schweizer fällt auf, dass deren zahlenmässige Entwicklung je nach Kontinent unterschiedlich verläuft. Ihre Zahl stieg in Europa (+1,3%), sank aber in Afrika (-5,6%), Amerika (-2,1%), Asien (-1,5%) und Ozeanien (-1,2%).

In absoluten Zahlen zählte Frankreich Ende 2020 mit 42 500 die meisten jungen Menschen mit Schweizer Pass. Es folgten Deutschland (21 000), die USA (14 300), Israel (9 900), Italien (9 400) und Grossbritannien (8 800). Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Anteil der Jugendlichen in Bezug zur gesamten Schweizer Gemeinschaft eines Landes gesetzt wird. So betrachtet ist Israel das Land mit der jugendlichsten Schweizer Gemeinde: 46 Prozent sind jünger als 18 Jahre alt. Grossbritannien, Chile und die Türkei folgen mit Anteilen zwischen 24 und 28 Prozent.

Mehr als vier Fünftel aller 163 800 Jugendlichen haben nebst der Schweizer Staatsbürgerschaft eine oder mehrere weitere Nationalitäten. In einzelnen Ländern ist ihr Anteil besonders hoch, etwa in der Türkei, in Italien oder Chile. In diesen Ländern haben zwischen 94 und 97 Prozent der Schweizer Jugendlichen eine oder mehrere andere Nationalitäten.

Weitere Informationen: [revue.link/statistik](https://www.revue.link/statistik)

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
 E-Mail: helpline@eda.admin.ch
 Skype: [helpline-eda](https://www.skype.com/name/helpline-eda)

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
 ☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

Travel Admin

Online-Registrierung von Auslandsreisen
 Enregistrement en ligne de voyages à l'étranger
 Registrazione quando si viaggia all'estero
 Online Registration when travelling abroad

Schulen, die nebst Wissen auch Schweizer Werte vermitteln

Die schweizerische Eidgenossenschaft unterstützt die 18 offiziell anerkannten Schweizer-schulen im Ausland. Sie alle tragen nicht nur Schweizer Bildung in die Welt hinaus: Sie sind auch Teil der kulturellen Präsenz der Schweiz im Ausland. Damit fördern sie auch das Verständnis für unser Land, für unsere Traditionen und seine Werte.



Spielerische Pause im Hof der familiären Schweizerschule in Singapur. Foto ZVG

Die Schulen entstanden alle auf private Initiative von Schweizer Auswanderern hin. Bereits im 19. Jahrhundert wurden die ältesten von ihnen in Italien gegründet. Zwischen 1921 und 1929 kamen Schulen in Ägypten – in Alexandria und Kairo – dazu, die allerdings um 1970 geschlossen werden mussten. Während des Zweiten Weltkrieges entstanden die ersten Schulen in Lateinamerika und später auch in asiatischen Ländern. Die jüngste Schule wurde 2017 in Peking eröffnet. Insgesamt werden heute 18 Schweizerschulen im Ausland geführt. An den Schulen unterrichten aktuell rund 260 Schweizer Lehrpersonen über 8000 Schülerinnen und Schüler, davon sind rund 1500 schweizerischer Nationalität.

Gegenwärtig unterstützt der Bund die in zehn Ländern wirkenden Schweizerschulen mit einem jährlichen Beitrag von rund 18 Millionen Franken. Damit werden durchschnittlich 25 bis 30 Prozent der gesamten Aufwendungen dieser Schulen gedeckt. Die finanzielle Unterstützung durch die Eidgenossenschaft beruht auf dem 2014 totalrevidierten Schweizerschulengesetz. Gestützt auf Artikel 14 dieses Gesetzes fördert der Bund auch an elf Standorten ohne Schweizerschulen die Schweizer Bildung im Ausland, dies mit einem Beitrag von knapp 430 000 Franken.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Departement des Innern (EDI) unterstützen im Rahmen einer Leistungsvereinbarung auch educationuisse, den Dachverband der Schweizerschulen. Educationuisse nimmt die Interessenvertretung der Schulen in der Schweiz wahr und erbringt für die Schulen eine Vielzahl von Dienstleistungen wie etwa im ad-

ministrativen Bereich oder in der Weiterbildung.

Die Schweizerschulen sind geprägt von der Schweizer Pädagogik und den in der Schweiz geltenden Lehrplänen und erlauben, mit Abschluss der Schweizer Matur oder dem International Baccalaureat (IB), den Anschluss an das Bildungswesen der Schweiz und des Gastlandes. Jede Schule hat zudem einen Patronats-

kanton, der die Schule in pädagogischer Hinsicht berät und beaufsichtigt.

Grosser Wert wird auf die Mehrsprachigkeit gelegt: auf Deutsch, Englisch, Französisch und die jeweilige Landessprache. Die Schulen in Bogotá und Singapur bieten neben der deutschsprachigen auch eine französischsprachige Abteilung an. Die Sektion mit Hauptsprache Französisch wurde an der familiären Schweizerschule in Singapur SSiS auf das Schuljahr 2019/20 hin eingeführt. Die erfolgreiche Erfahrung der Schule im Bereich des altersdurchmischten Lernens wird auch im neuen Angebot umgesetzt, welches nun den ganzen Primarschulbereich abdeckt. Der Unterricht im deutschsprachigen Zweig folgt dem in der Schweiz geltenden Lehrplan 21, im französischsprachigen Zweig ist der Lehrplan PER (Plan d'études romand) massgebend, leicht angepasst an die lokalen Gegebenheiten.

Die Schweizerschulen haben eine grosse Ausstrahlung in ihrem Gastland und die Absolventinnen und Absolventen, zu einem grossen Teil aus der lokalen Bevölkerung, bleiben ein Leben lang mit der Schweiz verbunden. RG

Von B wie Brasilien bis T wie Thailand

In den folgenden Ländern und Städten werden Schweizerschulen geführt:

Brasilien

- Colégio Suíço-Brasileiro, Curitiba
- Escola Suíço-Brasileira, São Paulo

Chile

- Colegio Suizo de Santiago, Santiago de Chile

China

- Swiss School Beijing

Italien

- Scuola Svizzera Bergamo
- Scuola Svizzera Catania
- Scuola Svizzera di Milano
- Scuola Svizzera di Milano in Cadorago/Como
- Scuola Svizzera di Roma

Kolumbien

- Colegio Helvetia, Bogotá

Mexiko

- Colegio Suizo de México, Mexiko-Stadt
- Colegio Suizo de México A.C., Cuernavaca
- Colegio Suizo de México A.C., Querétaro

Peru

- Colegio Pestalozzi, Lima

Singapur

- Swiss School Singapore

Spanien

- Colegio Suizo de Madrid
- Escuela Suiza de Barcelona

Thailand

- RIS Swiss Section in Bangkok (RG)

Wahlen und Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates und so weiter) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

Der Bundesrat hat beschlossen, die folgenden Vorlagen am 26. September 2021 zur Abstimmung zu bringen:

- Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»;
- Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches («Ehe für alle»)

Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Keine neu lancierten Initiativen

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter <https://www.bk.admin.ch/> > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Konsularische Direktion,
Abteilung Innovation und Partnerschaften
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
www.eda.admin.ch, E-Mail: kdip@eda.admin.ch



Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten



Guichet en ligne DFAE
 Online-Schalter EDA
 Sportello online DFAE
 Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Sydney (2021)

Schattentanz



LUKAS HARTMANN:
«Schattentanz»
Diogenes Verlag AG
Zürich, 2021
256 Seiten; CHF 32.00

«Ich glaube, es war 1927, als ich das erste Mal zu ihm nach Ballaigues fuhr, zu meinem Cousin ...». Wer ist dieser Cousin des berühmten Architekten Le Corbusier? Louis Soutter heisst er, ist zu Lebzeiten als Maler verkannt und wird erst viel später einem breiteren Publikum bekannt. Geboren wurde Louis Soutter 1871 in einer Apothekerfamilie in Morges am Genfersee. Die gefühlskalte Mutter erzieht Louis und seine Geschwister äusserst streng. Louis muss Geige spielen und erhält eine vorzügliche musikalische Ausbildung. Er heiratet nach Amerika, kehrt aber einige Jahre später verstört und abgebrannt in die Schweiz zurück. Es gelingt ihm nicht, wieder Fuss zu

fassen. Er wird gar bevormundet und in ein Arme-Leute-Altersheim in Ballaigues, im schweizerischen Jura, eingewiesen, wo er fast 20 Jahre bis zu seinem Tode 1942 lebt. Abgeschieden von der Welt beginnt er umso intensiver zu malen. Als seine arthritischen Hände den Pinsel nicht mehr halten können, malt er direkt mit den Fingern. So entsteht ein visionäres Spätwerk mit Tausenden von Blättern voller Figuren.

Der Autor Lukas Hartmann nähert sich in seinem Roman dem Maler und Menschen Soutter in 33 Kapiteln. Abwechselnd erzählen – in der Ich-Form – sein Cousin Le Corbusier und seine Mutter, während in der dritten Person die Sicht seiner Schwester und anderer Bekannten geschildert wird.

Hartmann ist ein eindringliches Porträt dieses schüchternen, hochsensiblen und intelligenten Künstlers gelungen, der verkannt und als lebensuntüchtig abgestempelt worden war. Empathisch hat er sich Soutters Persönlichkeit genähert und dessen Leben in die Zeitgeschichte der Vorkriegsjahre und des Zweiten Weltkrieges eingeordnet. Auch die anderen Figuren sind plastisch fassbar dank dialogischen Szenen, die historisch nicht verbürgt sind. Fakten und Fiktion sind virtuos miteinander verwoben.

Vor einigen Jahren hat sich schon ein anderer Schweizer Autor, Michel Layaz, mit einem interessanten Roman der Figur Louis Soutter angenähert. «Louis Soutter, probablement» heisst das Buch, das 2016 bei Éditions Zoé erschienen ist. (Deutsche Übersetzung: «Louis Soutter, sehr wahrscheinlich», Verlag die Brotsuppe, 2020).

Lukas Hartmann, einer der bekanntesten Schweizer Autoren der Gegenwart, wurde 1944 in Bern geboren, wo er auch heute lebt. Er schreibt Bücher für Erwachsene und Kinder.

RUTH VON GUNTEN

Formatierte Identität



STEFANIE HEINZMANN:
«Labyrinth»
BMG, 2021.

Da ist es wieder, dieses schelmische Lächeln, dieser bodenständige Walliser Dialekt, diese offenherzige Art. Stefanie Heinzmann ist am heimischen Fernsehen derzeit omnipräsent. Ob im Realityformat «Das Schweizer Tauschkonzert», in einem Werbespot für ein giftgrünes Getränk oder in Shows, in denen sie ihr neues Album vorstellt.

Als ehemaliger Castingstar aus Stefan Raabs «TV total» hat es die Sängerin aus Visp aber nicht leicht. Zwar weiss sie das Fernsehen seit ihrem ersten Auftritt im Jahr 2007 perfekt für sich zu nutzen. Sie ist ein Promi, das ganze Land kennt sie. Doch genau das ist Fluch und Segen zugleich. Während sie das

Interesse des Mainstreampublikums stets auf sicher hat, rümpfen anspruchsvolle Hörerinnen und Hörer chronisch die Nase. Ein Castingstar kann beim besten Willen keine glaubwürdige Künstlerin sein. Eigene Identität? Gibt es im Realityformat nicht – und auch nicht in der Karriere danach.

Dabei wird vergessen, dass Stefanie Heinzmann in Deutschland und der Schweiz durchaus erfolgreich Konzerte bestreitet und in schöner Regelmässigkeit Alben mit Songs aus eigener Feder veröffentlicht. Die 32-Jährige führt neben dem Promi-Dasein ein Leben, in dem sie den üblichen Weg einer Künstlerin ohne Abkürzungen geht.

Ihr neues Album «Labyrinth» hat deshalb einen möglichst unbefangenen Hördurchlauf verdient. Und tatsächlich: Heinzmanns sechstes Werk macht sich in den ersten Momenten ganz gut. Das Titelstück klingt nach frischem, zeitgemäßem Elektro-Dance-Pop, groovy und funky. Die zweite Nummer «Best Life» gefällt durch einen eingängigen Refrain mit Ohrwurmcharakter. Und auch das dritte Lied «Would You Still Love Me» beginnt vielversprechend. Doch dann geht dem Album die Luft aus. Zu sehr wiederholt sich fortan ein stereotyp durchkonzipiertes Muster zwischen stromlinienförmigem Radiopop und tanzbarem Clubsound.

Produzent Steffen Graef hat Stefanie Heinzmanns Liedern in Hamburg ein modernes Gewand mit wuchtigen Keyboards, knackigen Beats und druckvollem Gesamtsound übergestülpt. Stellenweise blitzt ausserdem die Leidenschaft in Heinzmanns Soulstimme auf – wo man sie denn wiedererkennt.

Aber wie war das mit der Identität? So sympathisch Stefanie Heinzmann auch ist, es bleibt die ebenso schnöde wie wenig überraschende Erkenntnis: «Labyrinth» ist Formatmusik von einem Formatstar. Die Nasenrümpfer behalten vorerst recht.

MARKO LEHTINEN

OZ der Beat-Magier



Es war einmal der Enkel eines türkischen Einwanderers namens Ozan Yildirim. Ozan wächst im Toggenburg auf. Er absolviert eine Lehre im Detailhandel und arbeitet danach als Verkäufer. In der Nacht verwandelt sich der junge Mann in OZ (ausgesprochen als «O-Si»). In seinem Keller arrangiert er auf einem Computerprogramm namens Fruity Loop ein paar Rhythmen. Der autodidaktische Musiker liebt die tiefen Beats des Rappers 50 Cent. Darüber hinaus mag OZ die Stimmungen der karibischen Musik. Im Jahr 2012 schickt er eine Reihe von Tracks an den amerikanischen Rapper Meek Mill, zu dessen E-Mail-Adresse er gekommen war. Die Beats aus der Schmiede von OZ erfreuen die Ohren des Rappers – und er bezahlt 3000 Dollar für die Songs. «In der heutigen Zeit ergattert man sich Hits per E-Mail», sagt der Schweizer Star zum Magazin Billboard. Beat um Beat nähert sich OZ der Zusammenarbeit mit den weltgrössten Namen des Rap an, darunter der Kanadier Drake (auf «Toosie Slide») und der Amerikaner Travis Scott (auf «Sicko Mode»). Im Juni 2021 wird «Sicko Mode» auf Spotify 1,4 Milliarden Mal gehört. «OZ verfügt über eine einprägsame Ästhetik und versteht es, den Zeitgeist einzufangen», sagt der Schweizer Rapper Stress über ihn. OZ mixt seine Tracks in einem Tonstudio in Wald (ZH). Ozan Yildirim alias OZ lebt nach wie vor mit Frau und Kind in seinem Geburtskanton Toggenburg. Seine Schwäche sind teure Autos: Er besitzt etwa einen Rolls Royce und einen Lamborghini. Schliesslich erzählt man sich, OZ sei bei einem Trip nach Zürich der Zutritt in einen Klub verweigert worden, obwohl seine eigenen Beats bis auf die Strasse zu hören waren ... Die Schweiz kennt ihre eigenen Helden nicht!

STÉPHANE HERZOG

Joe Biden und Wladimir Putin treffen sich in Genf

36 Jahre nach dem legendären Treffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow versuchte Genf erneut als Stadt der grossen internationalen Verhandlungen zu brillieren: Am 16. Juni 2021 war die Stadt Gastgeberin des Gipfeltreffens zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem russischen Staatschef Wladimir Putin. Die Auswirkungen des Treffens aufs spannungsreiche Verhältnis zwischen den USA und Russland bleiben ungewiss: Freunde wurden die beiden in Genf offensichtlich nicht. (MUL)

Guy Parmelin trifft Joe Biden

Am Rande des Biden-Putin-Treffens in Genf fand auch eine Aussprache zwischen dem Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin und US-Präsident Joe Biden statt. Das Hauptanliegen Parmelins: Man möge wieder Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen. Das Hauptanliegen Bidens: Die Schweiz möge unbedingt Kampfjets aus den USA kaufen. In den Wochen danach mehrten sich Gerüchte, die Schweiz habe sich tatsächlich für den Kauf des Kampfjets F-35 der US-Firma Lockheed Martin entschieden. (MUL)

Schweizer Krypto-Szene in Katerstimmung

Die Vorstellung, die Schweiz werde bald zum sicheren Hafen für Krypto-Währungen, ist getrübt. Einerseits verlegt die Organisation Diem, ein mit Facebook verbundenes Konsortium, ihren Sitz von Genf in die USA. Diem strebt eine globale Digitalwährung an. Andererseits will die Schweizer Finanzmarktaufsicht der Firma Bitcoin Suisse keine Banklizenz erteilen. Diese Entwicklung versetzt die Schweizer Bitcoin- und Krypto-Szene in Katerstimmung. (MUL)

Parlament will höheres Rentenalter für Frauen

Nach dem Ständerat hat sich im Juni nun auch der Nationalrat für die Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre ausgesprochen. Im Gegenzug sollen die zwischen 1959 und 1964 geborenen Frauen während sechs Jahren mit kleinen finanziellen Ausgleichsmassnahmen rechnen dürfen. Das höhere Rentenalter für Frauen, ein zentrales Element beim Umbau der finanziell angeschlagenen AHV, könnte 2022 in Kraft treten. Wahrscheinlicher ist, dass zunächst das Volk das Sagen hat. Insbesondere Linksparteien wollen eine Volksabstimmung erzwingen. (MUL)

Strengere Regeln für Waffenexporte

Unter dem Druck der Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» drängt jetzt das Parlament selber auf strengere Regeln für Waffenexporte. Der Ständerat sprach sich für eine Verschärfung der Exportbestimmungen aus. So soll die Kompetenz des Bundesrats bei der Bewilligung von Waffenexporten stark beschnitten werden. Noch ausstehend ist der Entscheid des Nationalrats. (MUL)

Ich brauch ein Ticket ins Grüne.



Schweiz.



Filisur, Graubünden, © Rob Lewis

Ich brauch Schweiz.

Jetzt Schweiz entdecken: [MySwitzerland.com/swisstainable](https://www.myswitzerland.com/swisstainable)
Teile deine schönsten Erlebnisse mit [#IneedSwitzerland](https://twitter.com/IneedSwitzerland)



Schweiz.
mit Bahn, Bus und Schiff.

